

# Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 20.

Vertrag mit der Herausgabe: Hofrat Doenges in Dresden.

1916.

## Landtags-Verhandlungen.

### II. Kammer.

(Fortsetzung der Sitzung vom 1. Februar.)

**Staatsminister DDr. Dr.-Ing. Ved**  
(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine sehr geehrten Herren! Die mit bei meiner heutigen Inauguration nur in Kürze möglichen Antworten auf die Ausführungen der Herren Wortredner möchte ich zunächst mit dem Ausdruck der Genugung darüber beginnen, daß die geehrte Deputation wie auch das hohe Haus bis jetzt die Etatskapitel 93 bis 96 so wohlwollend behandelt und an die Spitze des schriftlichen Berichtes in Abereinstimmung mit meinen Ausführungen bei der allgemeinen Etatdebatte den Dank für die hervorragenden Leistungen aller Schulen in der Heimat und ebenso den berechtigten Stolz auf die vorbildlichen Taten der im Felde stehenden Lehrer und Schüler aller Lehreinrichtungen gestellt hat.

Ich habe damals vor allen Dingen die Schwierigkeiten hervorgehoben, mit denen die Unterrichtsverwaltung an der obersten Stelle bei Aufrechterhaltung des Schulbetriebes zu kämpfen hatte. Ich füge heute ergänzend hinzu, daß die Anerkennung für die Schulen und die Schulgemeinden besonders der Abweibung der großen Schwierigkeiten gilt, die innerhalb der Schulen selbst entstanden sind. Ich denke an die freudige Übernahme zahlreicher Stellvertretungen seitens der Lehrer, an die Schwierigkeiten infolge der von der sozialdemokratischen Seite heute beklagten, aber während des Krieges ganz unvermeidlichen großen Klassenverlusten, ich denke an die freudige Übernahme von Überstunden, an die Bemühnisse in der unrichtigen Behandlung der Schulkinder, die durch die Tagesereignisse in außerordentlichem Maße vom Unterrichte abgelenkt wurde, besonders aber auch an die mangelnde Unterstützung des Elternhauses infolge der Abwesenheit des Vaters usw.

Ich möchte in diesem Zusammenhange besonders hervorheben, wie sich unsere vaterländische Lehrerschaft in allen Schulgattungen ebenso wie im Frieden, so besonders jetzt im Kriege, wiederum auch in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt gestellt hat, so oft der Ruf an sie ergangen ist. Wenn Sie, m. H., diese Tätigkeit mit offenem Auge verfolgt haben, so werden Sie freudig erkennen, wie in den langen Kriegsmonaten die Frage der Volksernährung, wie überhaupt alle Fragen der allgemeinen Kriegsfürsorge, z. B. auch die Unterstützung der Ehefrauen auf dem Lande, im Volkverehr mit ihren Männern im Felde usw. gar nicht anders als dadurch zu lösen waren, daß zahlreichere Helfer aus der Allgemeinheit sich hierfür zur Verfügung stellten. Dazu kommt die reiche Versorgung unserer Truppen im Felde mit Lebensmitteln und die ihnen durch die Zeitungen bekanntgewordenen starken geistlichen Aufmunterungen der Lehrerschaft zum Besten der Kriegsdienstleistungen. Aber auch die Schüler darf ich hier nicht vergessen, die sich ebenfalls bei jeder Gelegenheit bereitwillig mit in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt gestellt haben, und das weitest mit so lieber auch mit Geduld, weil sie auf diese Weise gleichzeitig viele schulfreie Tage mit gehabt haben. (Sehr richtig! Beifall.) Ich habe mir manchmal Gedanken gemacht, wie dies in der Kriegszeit zu verantworten sei, wo an sich der Schulunterricht schon stark eingeschränkt werden muß. Ich habe aber gern die Verantwortung dafür übernommen. (Sehr richtig!), einmal, weil solche Betätigung an schulfreien Tagen in den Schülern zugleich eine sehr starke Erinnerung an die große vaterländische Zeit mit zur Folge haben wird. (Sehr richtig!), vor allem aber, weil sich die Schule in großen nationalen Zeiten auch als nationale Erziehungsanstalt mit zu betätigen hat, die gerade in solchen Zeiten am besten die Probe auf das Ablegen kann, was sie in den haushälterischen Unterrichtsleistungen hat. Und wenn unsere jungen Leute, sei es bei der Zeidnung auf die Kriegsanfälle oder jetzt, wie vorgesehen ist, bei der Sammlung des Zeitungspapiers zum Stopfen der Bettlaken für die Soldaten im Felde oder bei dem Ausräumen von Werkblättern für die Volksernährung oder sonstige mit herangezogen worden sind, so hoffe ich, daß die Wirkung den jungen Leuten einen für das ganze Leben bleibenden erzieherischen Eindruck davon gegeben hat, daß das Vaterland nur gerettet werden kann, wenn jeder an seiner Stelle bis zum letzten Schuler herab seine volle Pflicht und Schulpflicht tut. (Sehr richtig!), und eine geliebte Volksgemeinschaft alt und jung umschließt.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen wende ich mich zu den Ausführungen der Herren Wortredner. Ich kann persönlich heute nicht auf die Angriffe des Hrn. Abg. Nitsche eingehen, werde vielmehr dem Hrn. Ministerialdirektor Dr. Schöcher das meiste davon überlassen müssen. Ich denke aber, daß auch Sie unter demselben Eindruck geblieben haben, wie ich selbst, als ich die Rede des Hrn. Abg. Nitsche hörte. Ich fühle mich in eine Zeit vor Jahren zurückversetzt. (Sehr richtig!), in der hier die schwersten Kämpfe um die Schulpolitik spielten und von der sozialdemokratischen Seite die Kirche in der schärfsten Weise angegriffen wurde, in eine Zeit, in der der Religionsunterricht tief herabgesetzt und als ganz erheblich hingestellt wurde. Ich glaube nicht in der Gegenwart zu leben, in der die religiöse und politische Gesellschaftschaft unseres Volkes so eng hier zusammenzuführen sollte unter Abnahme von solchen Angriffen auf Kirche und Religion. Diese beiden Mächte haben sich auch in den Reihen der Parteigenossen des Hrn. Abg. Nitsche in der Kriegszeit doch so außerordentlich bedeckt und sind überall in Anerkennung ihrer Leistungen in den letzten Volksschritten mit solcher Dankbarkeit gewürdigt worden, daß wohl jedes weitere Wort der Abwehr überflüssig ist. Nur das eine muß ich auf das Schicksal zurückweisen, wenn Hr. Abg. Nitsche dem Kultusministerium unterstellt hat, daß dort die Volksschule nur so nebenbei eine Behandlung erfährt. Der Hr. Abg. Nitsche ist jeden Beweis hierfür schuldig geblieben, und wenn er ihn, wie bisher, auch in Zukunft schuldig bleiben sollte, so muß ich ihm erklären, daß ihm jeder genaue Einblick in die Tätigkeit des Kultusministeriums abgeht. Damit er aber darüber besser belehrt wird, bitte ich ihn, sich zu mir ins Kultusministerium zu bemühen, um sich davon zu überzeugen, welche eingehende Behandlung sich die Volksschule erfreut, und wie der Kirche und Schule das zuteil wird, was jeder gebührt. (Abg. Nitsche: Was ich nach Ihrer Auffassung gebührt!) Ich glaube, der Hr. Abgeordnete wird dann einen völlig anderen Eindruck bekommen. Er hat weiter den Vorwurf erhoben, daß die Volksschulbehörden den Vorkrieger nicht gehalten hätten. Er hat auch hierfür keinerlei Beweise vorgebracht, denn der evangelisch-lutherische Schulverein, den er hauptsächlich behandelte, hat, ich bemerke, keine Volksschulbehörde. Wenn er aber seine Behauptungen weiter damit zu stützen versucht hat, es sei den Arbeitervereinen besonders hart zu Leide gegangen worden, so ist er auch darin falsch unterrichtet. Unmittelbar nach dem Beginn des Krieges ist mit Rücksicht auf die damals betätigte vaterländische Gesinnung der sozialdemokratischen Partei im Kriege und die erhoffte körperliche Erhaltung der Jugend in den Arbeitervereinen eine Ministerialverordnung an die Bezirksschuldirektionen ergangen, die gerade das Gegenteil von dem im Auge gehabt hat, was Hr. Abg. Nitsche dem Kultusministerium heute zum Vorwurf gemacht hat. (Abg. Günther: Hört, hört!)

Ich komme nun zu den Ausführungen des Hrn. Abg. Dr. Seyfert. Er hat sich zunächst über Zukunftsprobleme unserer Schulen geäußert und gewünscht, daß der Reichsbanknote noch mehr Gewicht als bisher erfährt. Auch ich habe allerdings hierzu einen gewissen Gegenstand zu den menschlichen Ausführungen des Hrn. Abg. Dr. Köpfer entnehmen zu lassen geglaubt, der, wenn ich ihn richtig verstanden habe, gerade die Selbständigkeit der Bundesstaaten in Bezug auf die Kulturaufgaben und das Erziehungs- und Bildungswesen als einen großen

Vorteil ansah, eine Ansicht, in der ich ihm nur freudig zustimmen konnte. Der Hr. Abg. Dr. Seyfert hat gewiß recht, wenn verschiedene wichtige Erziehungs- und Unterrichtsfragen zum Gegenstand gemeinsamen Einverständnisses zwischen den Bundesstaaten gemacht werden sollen; vor allen Dingen wird sich dies auf das Berechnungsweisen der Schulen beziehen, und das ist schon vom Standpunkt der Freizügigkeit aus nötig. Aber ich möchte doch bei dem von mir damals geäußerten Standpunkte allenthalben stehen bleiben, daß gerade der Wettbewerb im Erziehungs- und Bildungswesen innerhalb der Bundesstaaten so hervorragende Vorteile zur Folge gehabt hat, daß ich eine Ausschaltung dieser Selbständigkeit schmerzlich bedauern würde. (Sehr richtig! rechts) Aber einstimmen kann ich mit Hrn. Abg. Dr. Seyfert vollständig in seinem Bestreben, daß das deutsche Schulwesen im Auslande in Zukunft noch viel mehr gefördert werden muß, als es bisher der Fall war. (Abg. Günther: Sehr richtig!)

Wenn wir schon bisher so weit, wie es die Franzosen im Orient getan haben, unsere deutschen Volksschulen in der Türkei, in Bulgarien und Rumänien herausgehoben gehalten hätten, dann wären nimmermehr Zustände eingetreten, die wir mit Mühe zu überwinden gehabt haben. Ich habe immer die Lehrer, die ins Ausland an Schulen gehen wollten, mit allen Kräften gefördert und für deren günstige Wiederunterbringung gesorgt. Es wird auch in Zukunft eine Hauptaufgabe von mir sein, darauf mit hinzuwirken, daß die Förderung unserer Auslandsschulen als eine große vaterländische Aufgabe des Reiches für die Zukunft angesehen werden muß. (Sehr richtig!) Das ist nicht bloß eine ideale und kulturelle Aufgabe unseres Reiches, das wird auch eine Aufgabe von ungeheurem politischen und wirtschaftlichen Wert sein. Wie die Schule in der Heimat zu unseren großen Siegen so wesentlich beigetragen hat, so wird auch und soll die deutsche Auslandsschule immer größere Erfolge für unser Vaterland zur Folge haben.

Dann ist das deutsch-nationale Bildungsideal in vollster Abereinstimmung mit dem Kultusministerium heute wieder vielfach besprochen und die höhere Mädchenschule in diesem Zusammenhang mit gestreift worden. Es wird eine wichtige Aufgabe sein nicht bloß der Kultusministeriums, sondern der gesamten Staatsregierung, dem Frauenbildungswesen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit der schwierige Übergang von der jetzigen Kriegszeit in die Friedenszeit gefunden wird, aus einer Zeit, in der unendlich viele Frauen ihren Beruf nicht mehr in der Häuslichkeit sondern in der Öffentlichkeit des Lebens haben, indem sie an die Stelle von Männern getreten sind, die wieder in ihre häuslichen Verhältnisse zurückzuführen wird gewiß mancherlei Schwierigkeiten haben. Des weiteren werden zur Ausfüllung der großen Lücken, die der Krieg in die Männerwelt gerissen hat, neue Bildungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen sein. Das sind aber Probleme, die sich heute noch nicht abzeichnen lassen, solange man nicht den Umfang der Verluste genau kennt. Interessant wird es in diesem Zusammenhang für Sie vielleicht sein, heute zu hören, daß das Kultusministerium auf Ansuchen der Frauenschule zu Leipzig in Verhandlungen mit dieser steht, ob es ihm möglich sein wird, diese Hochschule unter seine Fittiche zu nehmen, und wie sich das Verhältnis der Staatsregierung zu ihr in der Zukunft gestalten wird. Ich glaube, Sie werden es mit Freude begrüßen, wenn dieser Frage die besondere Aufmerksamkeit im Interesse unserer Frauenbildung zugewendet wird. (Sehr richtig!)

Die Bitte, eine Erklärung darüber abzugeben, wie die Schüler der Seminare, die in den Krieg eingetreten sind, in ihrer wichtigen Weiterausbildung behandelt werden sollen, kann ich damit erfüllen, indem ich sage, man wird ihnen, ebenso wie den Gymnasialisten, alle Erleichterungen gewähren, um sie ohne größere Schäden durchzuführen in dieselbe Linie mit ihren Schulgenossen von früher zu stellen.

Die Bemerkung des Hrn. Abg. Dr. Seyfert, daß in der Zukunft die Not zu Einschränkungen und Bereinsparungen führen wird, wird überall freudig begrüßt werden. Ich will diese Bemerkung zunächst einmal ganz allgemein auffassen in der Anwendung auf alle unsere Verhältnisse. Der übergroße Luxus, der sich in allen Schichten unserer Bevölkerung vor dem Kriege breitgemacht, der Materialismus, der weiteste Kreis bereits ergriffen hatte, die Scheu vor einfacher Bekleidung, einfacherer Veranlagungen, die Überbietung weitaus in der Darbietung von Genüssen, sind eine schädliche Beeinflussung unseres Volksebens gewesen, daß es geradezu als ein Segen des Krieges zu begrüßen ist, wenn in dieser Beziehung die Gewissen wieder gesäubert und unsere Volksgenossen wieder auf eine größere Einfachheit in ihrer Lebenshaltung hingeführt werden. (Sehr richtig!), und wenn der Kartoffelsteuergeld, wie die Gegner ihn genannt haben, mehr und mehr überall von den Oberen bis zu den unteren Schichten wieder größeren Beifall in dem Sinne finden möchte, daß man sich im allgemeinen wieder einer größeren Zurückhaltung, einer einfacheren Lebensweise befleißigen würde. Ist das der Fall, dann werden auch wieder geländere Zustände in unserem öffentlichen und privaten Leben eintreten. Der Hr. Abg. Seyfert hat nun freilich diesen Wunsch auf die Schule beschränkt. Auch hier ist gewiß manche Vereinfachung nötig. In der Tat sind in Bezug auf die Schulbauten und die Einrichtung der Schulen oft Anforderungen gestellt worden, die über die Leistungsfähigkeit der Gemeinden weit hinausgegangen sind. Gewiß muß in jeder Schule alles getan werden, was für die Gesundheit der Kinder unbedingt nötig ist, was die Gesundheit der Lehrer fördert und was für den Unterricht unentbehrlich ist. Aber alle Luxusausgaben mögen dabei um so mehr vermieden werden, als die Schulen an sich schon hohe Anforderungen geistlicher Art stellen und als diese nicht geringer, sondern bei dem wünschenswerten weiteren Ausbau des Schulwesens nur höher werden. Aber nur von der wirtschaftlichen Seite aus das Schulleben anzusehen, das wird niemand von Ihnen wollen und am allerwenigsten die Unterrichtsverwaltung. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang auch raten, die von Hrn. Abg. Seyfert besprochene Gabelung der Primen nicht als eine vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu behandelnde Frage anzusehen. Die ideale Vorteil der Gabelung der Primen in der bisher durchgeführten Bewegung ist es so groß, daß ich nicht wünschenswert, aus Sparmaßregeln Rücksichten diesen bis jetzt ziemlich schon in allen Schulen durchgeführten Fortschritt wieder einzuschränken.

Hr. Abg. Koch hat sich über die Forderung der Latein-Vorkenntnisse in den Seminaren ausgesprochen und überhaupt die Frage aufgeworfen, ob das Latein in Zukunft in den Seminaren bestehen bleiben soll. In dieser Beziehung kann ich ihm keine beruhigende Auskunft geben. Ich glaube, daß wenn das Seminar eine allgemeinbildende Erziehungsanstalt bleiben soll, das Latein dort nicht wird entbehrt werden können. Die Regelung ist ja auch von allen Direktoren, die darüber gehört worden sind, nur in dem Sinne befürwortet worden, wie sie geschehen ist. Auch das hohe Haus selbst hat sich bei Beratung der Seminargelehrer-Vorlesung aus dem gleichen Standpunkt gestellt. Immerhin wird man abwarten müssen, ob die bei der gegenwärtigen Aufnahme gemachten günstigen Erfahrungen mit den Lateinvorkenntnissen für die Zukunft so bleiben werden, und ob die von den Herren Seminarlehrern empfohlene Einrichtung des Beginns des Lateinunterrichts in der 7. Klasse unter der Voraussetzung bestimmter Vorkenntnisse in Zukunft so wird aufrechterhalten werden können oder ob eine Änderung eintreten wird. Bis hierher ist die Sachverhältnisse konstant auf der Seite der nunmehr getroffenen Einrichtung gewesen; die Erfahrungen haben sie bis jetzt auch als durchführbar erwiesen. Aber das letzte Wort darüber behalte ich mir noch vor. Soweit die Berichte mit bekannt sind, ist die Umsetzung durchwegs durchführbar angesehen worden. Für das neue Schuljahr zu Ostern ist die Zahl der Anmeldungen für die Seminare so ungewöhnlich hoch gegenüber den Plätzen, die zu vergeben sind, daß auch in

dieser Hinsicht keinerlei Bedenken für den Nachwuchs in den Seminaren zu erheben sind. Das letzte Wort aber ist, wie gesagt, noch nicht gesprochen.

Hinsichtlich des Ausfalls der Okerprüfungen wird das Kultusministerium denselben Standpunkt einnehmen, wie im vorigen Jahre, daß es nämlich den Bezirksschulinspektionen überlassen wird, je nach den örtlichen Verhältnissen auf dieser Frage Stellung zu nehmen.

Wenn ich mich endlich noch zu den Ausführungen des Hrn. Abg. Dr. Steche wende, so muß ich sagen, ich stehe immer, wie gewiß Sie alle, unter dem Eindruck einer gewissen inneren Ergriffenheit und Bewunderung für die Begeisterung, mit der Hr. Abg. Dr. Steche die Einführung des Esperanto-Unterrichts hier vertritt. Ich habe in der Zwischenzeit auch wieder erfahren, mit welcher großen materiellen Mitteln er seine Kraft in den Dienst der Esperantobewegung gestellt hat, und daß es wohl seinen Bemühungen mit zu verdanken gewesen ist, wenn die heuchlerischen Lügen unserer Feinde zur Herabsetzung der großen Erfolge unserer deutschen Truppen im Auslande durch die weite Verbreitung unserer Berichte in Esperanto enthüllt worden sind und dadurch viel zum Ruhme des deutschen Namens durch die Esperantisten geschieht ist. (Bravo!)

Das haben wir nun dankbar anzuerkennen. Aber in diesem Augenblicke so weit zu gehen, wie Hr. Dr. Steche von mir erhofft, daß das Esperanto eine so dominierende Stellung in Zukunft in unseren Schulen einnehmen werde, vermag ich allerdings heute nicht, und ich glaube, auch das hohe Haus wird die Meinung des Hrn. Dr. Steche darüber nicht teilen. Es wird doch sehr abzuwarten sein, wie sich die Würdigung der fremden Sprachen in unseren höheren Unterrichtsanstalten und auch in den Volksschulen nach dem Kriege stellen wird. Sie wissen, daß viele den Stab über das Französische und Englische überhaupt brechen und in unseren Schulen die Bevorzugung dieser beiden großen lebenden Fremdsprachen möglichst zurückgedrängt sehen wollen, weil sie es nicht mehr für eine nationale Aufgabe halten, die Vorkultur unserer ärgsten Feinde in den Schulen zu behandeln, und weil sie sagen, wir haben Wichtigeres zu tun, als uns gerade damit zu befassen. Ich teile diesen Standpunkt nicht, ich glaube, wie wir später überhaupt wieder in eine Kulturgemeinschaft mit allen Völkern der Erde eintreten müssen, so werden wir auch die englische und französische Sprache in den Schulen und namentlich in den höheren Schulen gar nicht entbehren können. Ich bin der Meinung, daß das Ansehen des deutschen Namens und der deutschen Wissenschaft, vor allem aber auch die ungeheuren Erfolge unserer Kaufleute und unserer Ingenieure und Techniker im Ausland neben ihren großen Geschäftsmännern auch auf die genaue Kenntnis der Sprachen mit zurückzuführen sind, indem diese dadurch in der Lage gewesen sind, auch von den kleinsten Dingen von Wichtigkeit sich genaue Kenntnis zu verschaffen, kurz und gut, durch die Sprache Land und Volk so wie das eigene Volk genau zu kennen. Würden wir unsere Ingenieure und Kaufleute ohne diese umfassende Kenntnis hinausgehen lassen, so würden wir sie eines der größten Hilfsmittel zum Nachteile unseres Landes verlustig machen. (Sehr richtig!)

Deshalb meine ich, wir müssen und befehligen, in der Zukunft das Französische und Englische, da diese beiden Sprachen so große Geltung in der Welt doch nun einmal haben, ebenso gewissenhaft wie bisher zu treiben. Ich erachte es geradezu als einen außerordentlichen Stolz für die Unterrichtsverwaltung, an der Technischen Hochschule zu Dresden sogar während des Krieges zwei Ordinariate für Englisch und Französisch begründet und mit so hervorragenden Männern besetzt zu haben, daß, wenn unsere jungen Leute aus dem Felde zurückkommen und bei diesen Englisch, Französisch und andere romanische Sprachen studieren, sie neben ausgezeichneten technischen Kenntnissen mit hervorragenden Sprachkenntnissen ausgerüstet, noch viel mehr als bisher dem deutschen und sächsischen Namen Ehre machen werden. (Zuruf: Die anderen Sprachen?)

Dann, meine Herren, kommt bei dem Esperanto aber noch eins dazu. Es ist ja bekannt, daß im Esperanto zurzeit noch verschiedene Richtungen bestehen, wenn auch die eine, die von Dr. Zamenhof die andere wohl wesentlich übertrifft und das Zoo mehr zurückführt. Den Verkauf wird man abwarten müssen. Mir geht es — ich weiß nicht, ob es bei Ihnen auch der Fall ist — in nationaler Hinsicht etwas gegen den Strich, daß während die anderen Völker und besonders unsere Gegner, nicht daran denken, zugunsten des Esperanto zurückzutreten, wir Deutsche, die wir doch als die Sieger aus diesem Weltkriege hervorzugehen hoffen, mit unserem Deutschschüttern zurücktreten und nicht den Anbruch erheben sollen, daß die anderen Deutsch lernen, mit uns Deutsch verkehren. (Sehr richtig!), daß sie die Sprache des Siegers im Weltkrieg sprechen, anstatt, daß wir mit unserem Deutsch zurückhalten und sie mit dem Zamenhoffschen Esperanto anreden. Das geht mir gegen den Strich. Ich weiß nicht, ob ich mit Ihnen zusammenstimme. Es wird also abzuwarten sein, wie die ganze Entwicklung sich nach dem Kriege gestalten wird und wie die anderen Völker sich zu dieser Frage stellen werden. Vorläufig möchte ich mir nur ein wachsam Auge zuwenden und bei der starken Belastung unserer Schulen mit Lehrstoff auf eine obligatorische Einführung des Esperanto noch nicht zukommen. Aber, wie gesagt, ich kann nur meine Anerkennung für das, was der Herr Abg. Dr. Steche mit so großer Begeisterung für diese Sprache tut und für das, was auch das Esperanto in diesem Kriege im Auslande getan hat, hier wiederholen.

Dann, meine Herren, muß ich noch mit einem Worte auf die Ausführungen des Hrn. Abg. Koch in Bezug auf die Gymnasien zurückkommen. Er hat hierbei auch auf den Ihnen gewiss allen bekanntgewordenen Aufsatz in zwei Nummern des „Dresdener Anzeigers“ Bezug genommen. Ich werde selbstverständlich davon absehen, in irgendeiner Form über diesen Aufsatz einzutreten, einmal, weil ich Hrn. Professor Dr. Paul Schumann wegen seiner literarischen Tätigkeit im „Dresdener Anzeiger“ und wegen seiner sonstigen Wirksamkeit in unserer Stadt überhaupt sehr hoch schätze, und zum anderen, weil jene Aufsätze über die Akten wohl noch nicht geschlossen sind. Jedenfalls wird wohl auch die andere Seite noch zum Worte kommen. Erst wenn beide Parteien gesprochen haben, wird sich das richtige Urteil über jene Aufsätze ergeben. Es bleibt doch eine merkwürdige Tatsache, daß gerade in unserer Zeit vielfach die Angriffe auf unsere humanistischen Bildungsinstitutionen laut werden, daß auch der Hr. Abg. Koch aus den Reihen, die er anführt, obwohl er sich nicht als Gegner der Gymnasien bekennt, doch zu erkennen gegeben hat, die Zeit der Gymnasien sei wohl, wenn nicht vorüber, so doch wesentlich verändert, sie würden, sofern sie nicht eine vollständige Umwandlung erfahren, vielleicht noch weiter zurückgehen.

Meine Herren! In einer Zeit, in der Deutschland das Größte geleistet hat, was sich überhaupt je in unserem Vaterlande zugetragen, in einer Zeit, in der die meisten jetzt in hohen Stellungen befindlichen Männer, seien es Staatsmänner, seien es Feldherren usw., ihren Gang durch die humanistische Bildung genommen haben, in einer Zeit, in der unsere Jugend, die zu Tausenden auch in Sachen die Gymnasien verlassen hat, mit einer glänzenden vaterländischen Begeisterung ausgerüstet und in Flammen vom Eisenbahnwagen weg unter dem Gesänge „Deutschland, Deutschland über alles“ mit herrlichem deutschen Eifer nicht etwa als griechisch oder römisch ausgebildete Jünglinge, sondern als vorbildlich deutsche Jünglinge ihr Leben für das Vaterland eingesetzt hat, in einer Zeit, in der von Sachkennern allein zehn Rektoren draussen mit an der Spitze von Kompanien stehen, von denen zwei bereits gefallen sind, in einer Zeit, in der der Leiter der Fürsten- und Landeshochschule Weifen, nachdem er mit 60 Jahren als Kompaniechef mit seinen beiden Söhnen ins Feld getritt ist, dann schwerverwundet heimgekehrt und wiederberufen, nunmehr seit einem Jahre an der Spitze einer Fregatenteilung im Ozean

mit dem glänzenden Beispiel der Tapferkeit seinen Schülern vorzuleuchten, kurz und gut, in einer Zeit, in der alles, was wir bis jetzt gesehen haben, für unsere Schulen den Beweis liefert, daß sie eine wie die andere, die Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Volksschulen usw., eine jede nach ihrer Eigenart so Großes geleistet haben, ist es etwas merkwürdig, daß man gerade diese Zeit wählt, um auf das humanistische Gymnasium in solcher Form jetzt anzugreifen vorzugehen.

Meine Herren! Wenn sich eine Einrichtung in größter Zeit so hervorragend bewährt hat, so sollte man doch mit der Zurückhaltung wech, recht vorsichtig sein. Ich glaube, die Gymnasien sind nicht, was man ihnen vielfach vorwirft, weltfremde Überreste von früheren Klosterkulturen und dergleichen, sie haben mit der neueren Entwicklung vollständig Schritt gehalten, sie gehen nicht mehr darauf aus, wie es vielfach in früheren Zeiten geschehen ist, die Griechen und Römer als die Idealvölker anzusehen, an denen auch kein Tadelchen anzusetzen wäre. Die Griechen und Römer werden genau wie alle anderen Völker mit ihren Tugenden, aber auch mit ihren großen Fehlern, mit den Schwächen, an denen sie zugrunde gegangen sind, vorgeführt. Es gibt nichts, was nicht in vollster Wahrheit unsere Jugend überall in den Gymnasien vorgetragen wird. Vor allen Dingen aber muß unsere Gymnasien nachgerühmt werden, daß sie es verstanden haben, unseren jungen Leuten neben den unerschöpflichen Schönheiten der Antike auch die Schönheiten der neueren Literatur, der neueren Geschichte usw. bis zu einer Verwirklichung beizubringen, daß sie in keiner Weise den auf anderen Schulen Vorbildeten nachsehen.

Wenn ich aus dem Vorlesage, der hier besprochen worden ist, nur ein Satz herausgreifen soll, so wird dort als Zeuge für die Anschauungen des Hrn. Verfassers auch der bekannte große klassische Philologe an der Berliner Universität, Cressens v. Wilmowitz-Köllendorf, mit angeführt, der sich über das Griechische, das er selbst an der Berliner Universität lehrte, in recht unfreundlicher Weise ausgesprochen haben soll. Ich will hier ein anderes Wort, von dem so hochachtbaren Herrn, das mir zur Verfügung steht, entgegenhalten:

„Weil unser Anschau und Denken, unser Leben in Staat und Gesellschaft, unser Wissen in Kunst und Wissenschaft und Religion mit dem Altertum durch tausend Fäden verbunden ist, so können wir nicht völlig verstehen, was wir sind, noch was wir wollen, ohne das Erbe des Altertums geschichtlich zu erfassen; und daher bilden wir einen Teil unserer Jugend dadurch aus, daß wir ihnen diese geschichtliche Einsicht als eine lebendige Kraft übermitteln.“

Ich glaube, wir sind in der Lage, diesen hervorragenden Gelehrten der altklassischen, insbesondere der griechischen Philologie durch diesen Ausdruck wohl eher für das humanistische Gymnasium in Anspruch zu nehmen, als es von der Gegenseite geschehen konnte.

Zu beklagen ist es natürlich, daß die Zahl der Schüler in unseren Gymnasien jetzt zurückgeht. Das liegt aber an vielen anderen Dingen, vor allem auch mit daran, daß die Technik jetzt, und bei ihrer großen Bedeutung mit Recht, eine so große Bevorzugung erfährt, und daß diejenigen, die in technische Berufe übergehen wollen, das Realgymnasium und die Oberrealschule bevorzugen. Diese Tatsache wird vielleicht, wenn nach dem Kriege die Technik noch mehr an Bedeutung gewinnt, noch größeren Einfluß auf den Rückgang der Schülerzahl haben. (Sehr richtig!) Die Gymnasien brauchen aber im allgemeinen nicht zu wünschen, daß ihre Bedeutung nach der Zahl der Schüler bemessen wird. Sie werden jedenfalls sehr dankbar sein, wenn nur diejenigen die Gymnasien aufsuchen, die auch innerlich nach ihrer Befähigung und Reizung sich berufen fühlen, die humanistischen Studien zu betreiben und auf diesen mit Erfolg vorwärts zu gehen. Werden unsere Gymnasien mehr und mehr von den Schülern entlastet, die nur als schwerer Ballast mitgeführt werden müssen, weil sie das Einjährigfreiwilligenzeugnis erwerben wollen, so werden das die Gymnasien als einen großen Segen und nur als eine Wohltat ansehen (Sehr richtig!), sie werden jubeln sein, wenn sie durch den Rückgang dieser Schülerzahl erleichtert werden. (Sehr richtig!) Je andersförmiger ihr Material ist, das sie zur Fortbildung auf die Universität zu entlassen haben, desto größer werden ihre Leistungen sein.

Ich würde mich gern noch eingehender über die Bemerkungen in jenem Aufsatze in bezug auf das Verhältnis der Unterrichtsanstalten an den einzelnen Orten in Sachsen verdrücken. Ich will mich auf die Bemerkung beschränken, daß ganz falsche Schlüsse gezogen worden sind.

Das aber muß immer wieder betont werden, wie die Gymnasien in den letzten Jahren sich vollständig umgestaltet haben. Ich kann nicht leugnen, daß sie bis vor Jahresenden manche Schuld an ihrer Entwidlung getragen, indem sie in ihrer Festhaltung an dem altphilologischen Prinzip und in vorzugsweiser Behandlung lediglich der Vergangenheit nicht den Anforderungen der Gegenwart genügend Rechnung getragen haben. Das ist vollständig anders geworden. Die sogenannte Bewegungsfreiheit im Unterrichte der beiden oberen Klassen schafft für die Gymnasien die Möglichkeit, je nach dem Teile ihrer Schüler, der nach Begabung, Reizung und Berufswahl eine gründlichere Vorbildung in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern wünscht, in den beiden letzten Jahren der Schulzeit einen dem realgymnasialen ganz nahe verwandten Unterricht dadurch zu bieten, daß zugunsten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und des Französischen der lateinische und griechische Unterricht zusammen um 5 Stunden verfürzt wird. Eine dieser Stunden ist allerdings zur Stärkung des deutschen Unterrichts bestimmt, so daß der Muttersprache und der deutschen Geschichte in jeder der beiden Klassen 7 Stunden gewidmet sind. An den Realgymnasien entstehen durch die Einführung derselben Bewegungsfreiheit Oberrealschulabteilungen, deren Unterrichtsplan sich nur darin von dem einer Oberrealschule unterscheidet, daß in ihnen das Latein in 3 Wochenstunden erteilt wird, die hier den neueren Fremdsprachen zufallen. Sobald also die Gabelung der Primen überall durchgeführt sein wird — und das wäre ohne Ausbruch des Krieges bereits geschehen —, würde es in 19 von den 22 schsischen Orten mit höheren Schulen in den Primen Oberrealschulabteilungen oder vollständige Oberrealschulen geben und ebenso an 20 Orten Realgymnasialabteilungen — allerdings mit Griechisch — oder vollständige Realgymnasien oder beides nebeneinander.

Rechnet man hinzu, daß in den 9 Reformschulen die 3 bez. 2 unteren Klassen lateinisch sind, so wird schwerlich zu verkennen sein, wie jemand behaupten kann, daß in Sachsen das humanistische Gymnasium vor den Realanstalten vorherrsche und deshalb von wüthiger Gleichberechtigung nicht die Rede sein könne.

Jetzt aber und vor allem muß hervorgehoben werden, daß auch der Fortschritt der internationalen Stoffe noch mehr als bisher in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen, für beide, Gymnasien und Realgymnasien, nach Möglichkeit entworfen worden ist. Abgesehen von der Stärkung des deutschen Unterrichts in den Klassen der Bewegungsfreiheit, ist in den letzten beiden Jahren der erhebliche Unterricht in beiden Zeiten des Gymnasiums um je eine Stunde vermehrt und in Untersekunda mit einer Stunde neu eingeführt worden. Für den Geschichtsunterricht ist nach Wehr der Redatoren und Lehrerkollegien eine neue Lehrordnung ausgearbeitet worden, nach der, unter nicht unwesentlicher Vermehrung der Stundenzahl an Gymnasien und Realgymnasien, der vaterländischen Geschichte der weiteste Raum gewährt und im besonderen für bessere geschichtliche Ausbildung der mit der Freiwilligen-Reife austretenden Schüler gesorgt worden ist. Die Einführung des neuen Planes wird Oetern dieses Jahres für die 2 Unter- und 3 Oberklassen beginnen. Endlich — das bitte ich Sie auch zu beachten — wird auch bereits eine neue Regelung für den deutschen Unterricht erwoogen.

R. D. 1 Wenn Sie diese Umgestaltung der früheren Gymnasien ansehen, so werden Sie zugeben, daß die Angriffe, die auf sie gemacht worden, durchaus nicht begründet sind. Wir erinnern uns der großen Vergangenheit unserer Gymnasien, wie unsere großen Dichter und Denker ihre Bildung durch diese gewonnen und wie die Schöpfer des neuen Deutschen Reiches zu einer Zeit, wo es überhaupt andere höhere Unterrichtsanstalten als die Gymnasien noch gar nicht gegeben hat, ihre hervorragende Vorbildung fürs Leben sich dort erworben haben, mit der sie Höchstleistungen im nationalen Sinne, das gewaltige Einheitswort geschaffen haben. Und bedenken

Sie noch, wie ich mir anzubedenken schon erlaube, was jetzt in diesem Kriege Weches geleistet worden ist, so muß nach dem Worte: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ — die Dankbarkeit für das, was das humanistische Gymnasium in Vergangenheit und Gegenwart geleistet hat, uns dazu führen, doch ja erst recht genau zu prüfen, ob man, bevor man den Stab über diese hervorragenden Anstalten bricht, etwas wirklich Besseres an die Stelle setzen kann, das wieder so große Männer hervorzubringen, wie die, die jene glänzenden Taten geleistet haben. (Bravo!)

R. D. 1 Ich habe, solange ich Minister bin, die große Freude und Ehre gehabt, an verschiedenen Jubiläumseiern von Gymnasien teilzunehmen, unter diesen auch an drei Schularkeien, an dem 100jährigen Jubiläum des Gymnasiums zu Olauen, an dem 700jährigen der Schola Thomana in Leipzig und an dem 400jährigen des Gymnasiums Albertinum in Freiberg. Das Ergebenste an jeder Festversammlung war neben der dankbaren Erinnerung an das, was die Schulen und ihre Lehrerschaft in der Zeit ihres Bestehens geleistet hatten, für mich der Anblick der vielen Hunderte von ehemaligen Schülern, die aus Dankbarkeit für die genossene humanistische Bildung zu ihrer alma mater zurückgekommen waren, um ihr dadurch zu bezeugen, welche Anhänglichkeit sie für das Leben ihr schulden und wie sie durch sie befähigt worden sind, jetzt in Staat und Gemeinde, in Kirche und Schule ihre Stellungen einzunehmen.

R. D. 1 Wenn die Gymnasien eine so verfehlte Schulbildung, wie es jetzt geschäzt wird, ihren Jünglingen in der Vergangenheit gegeben hätten, so würden diese Festversammlungen nicht so zahlreich von den begeistertsten alten Schülern besucht gewesen sein. Jedenfalls habe ich es den alten Herren, die dort waren, gegenüber ausgesprochen, wie dankbar auch die Unterrichtsverwaltung sich über diese treue Anhänglichkeit freut und wie sie darin den besten Beweis dafür erblickt, daß die humanistischen Gymnasien an diesen ihren Schülern ihre Schulzeit voll und ganz getan haben.

R. D. 1 Ich rede heute zugunsten der humanistischen Gymnasien in der Verteiligung. Ich will aber ausdrücklich von neuem betonen, daß ich die seit 1900 durchgeführte Gleichstellung aller drei höheren Schulgattungen auch jetzt noch als die allein richtige ansehe und jeder Schule das Recht zugehe, unter Festhaltung ihrer Eigenart auf ihrem Gebiete das gleiche Hervorragende zu leisten. Was ich aber verlangen muß, ist, daß, wenn wir uns für die objektive Würdigung aller drei Schulgattungen hier aussprechen, auch den Gymnasien der volle Platz an der Sonne eingeräumt wird, und daß sie nicht in den Schatten gestellt werden sollen hinter den jüngeren, gewiß ebenso leistungsfähigen Anstalten, die aber erst noch jene große jahrbetriebelange Bewährung durchzumachen haben.

R. D. 1 Zum Schluß erlaube ich mir meine Anschauung über den Bildungsweert der Gymnasien neben dem jener beiden anderen Gattungen mit den Worten darzulegen, die ich bei der Feier der Schola Thomana in etwa folgenden Sätzen ausgesprochen habe: „Echon längst sind die Zeiten vorüber, wo man bisweilen nur in einsichtiger Verachtung der Fälle des antiken Wissensstoffes und der Anweisung grammatischer Kenntnisse die Weisheit alles gymnasialen Unterrichtes erblickte. Nein, bei aller notwendigen Betonung des formalen Bildungsweertes der klassischen Sprachen soll jetzt durch vertiefte und durchgreifende Behandlung des Altertums dieses nicht mehr als eine abgeschlossene von der Gegenwart losgerissene Welt den Schülern nahegebracht, vielmehr durch Verankerung in die erhabenen Schönheiten des klassischen Altertums die Antike als Grundlage der Kultur der Gegenwart, als eine der bedeutungsvollsten Phasen in der Entwicklung der Weltkultur behandelt und fern von aller Welt und Gegenwartsfremdheit unter gleichzeitiger Berücksichtigung der modernen Sprachen und der exakten Wissenschaften, vor allem aber durch die Stellung der deutschen Geschichte und des deutschen Kampfes in den Mittelpunkt und getreu dem gymnasialen Zielwort: Christo, patriae, studiis ein wirklich vaterländisch und wissenschaftlich gefestigtes, charaktervolles, lebensfrohes und gesundes Bewußtsein erwoogen werden, das in unserer religiös, politisch und wirtschaftlich tiefsten Zeit bereits die höchsten Güter unseres Vaterlandes zu wahren berufen sein wird.“

R. D. 1 Wenn unsere Gymnasien früher und bis zur Gegenwart dieses Ideal erfüllt haben, und wenn sie in der Zukunft auch wieder diesem Ideale treu bleiben und so Hervorragendes uns bieten, wie der gegenwärtige Krieg wieder gezeigt hat, dann wollen wir dankbar auf das in der Vergangenheit geleistete, in der Gegenwart um Gebotenes und für die Zukunft Erhoffte bilden und uns in dem einen Bestreben zusammenschließen, unseren Gymnasien ihren vollen Platz an der Sonne zu belassen. (Beifall.)

**Regierungskommissar Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schmidt**  
(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine hochgeehrten Herren! Wenn ich mich mit kurzen Worten den Ausführungen des Hrn. Abg. Nisjche im einzelnen zuwenden, so möchte ich zunächst auf die von der Finanzdeputation A gefallene Bemerkung eingehen, es sei armen Gemeinden zugunsten worden, insofern der Weiterzahlung von Gehalt an zum Kriegsdienst eingezogene Lehrer unter Umständen drei, vier oder gar noch mehr Lehrkräfte auf derselben Stelle eine Zeitlang zu belassen. Die Sache liegt folgendermaßen. Den Staatsbeamten und den Beamten der Gemeinden und kommunalen Verbände, die infolge einer Mobilmachung in das Heer oder in den Landsturm zum Militärdienst einberufen werden oder die, sofern sie in ihrer Privatstellung abkömmlich waren, freiwillig eingetretten sind, ist nach § 56 des Reichsmilitärgesetzes in Verbindung mit der dazu ergangenen schsischen Gesamtministerialverordnung vom 15. Dezember 1888 ihre Stelle zu wahren und das aus dieser Stelle fließende Dienstentgelt fortzusetzen. Daß diese Bestimmung auf Lehrer und auch Hilfslehrer Anwendung findet, insofern solche als Beamte eines kommunalen Verbandes im Sinne der angezogenen Vorschriften anzusehen sind, ist bereits im ersten Kriegsjahre der Schulgemeinden und Schulbehörden eröffnet worden. Sehr bald darauf ist aber ferner die Eröffnung hinausgegangen, daß diese Vorschriften keine Anwendung auf Schulvikare finden, denn Schulvikare verwalten die Stelle eines anderen, haben aber nicht eine eigene Stelle, die ihnen gewahrt werden könnte. Deshalb kann es allerdings vorkommen, daß eine Gemeinde neben dem eingezogenen hängigen Lehrer oder dem Hilfslehrer auf derselben Stelle zeitweise noch einen Vikar zu belassen hat, aber den Fall, daß auf derselben Stelle drei oder mehr Lehrer zu belassen wären, kann ich mir in der Tat nicht vorstellen. Auch in jenem erwählten Falle aber ist bisher nach Möglichkeit und Bedürfnis durch Staatsbeihilfe den Gemeinden die ihnen erwachsene Last erleichtert worden, und das wird auch künftig geschehen.

Der Hr. Abg. Nisjche ist ferner auf die Einwirkungen eingegangen, die ohne Zweifel der Krieg auf den gesamten Schulbetrieb ausgeübt hat. Insofern der zahlreichen Einziehungen hat die Zahl der in einem Lehrer zugewiesenen Kinder, die Zahl der in einer Klasse zusammen unterrichteten Kinder erhöht werden müssen, es haben Klassen vereinigt werden müssen, es haben schließlich auch die Unterrichtszeiten verfürzt werden müssen. Daß aber, wie der Hr. Abg. Nisjche anführt, die Überfüllung einer Klasse in einem Grade eingetretten sei, daß die Sitzgelegenheit sich als unzureichend erwies, davon ist dem Ministerium nichts bekannt. (Zurück recht! Ich schon richtig!) Wenn solche und andere Fälle dem Ministerium bekannt wären, würde es selbstverständlich nur dankbar sein, um auf sie weiter eingehen zu können.

Ich sagte, daß unter anderem auch die Verfürzung des Unterrichts notwendig geworden ist. Deshalb hat eine zu Beginn des Krieges ergangene Verordnung die Schulbehörden ermächtigt, solche Kürzungen einzutreten zu lassen, insbesondere Kurzstunden von 45, nötigenfalls auch 40 Minuten einzurichten. Daß aber hierbei zu unterscheiden sei zwischen Religionsunterricht und anderem Unterrichte, das dem Ministerium nicht vorerboten. Ein solcher Unterricht würde nicht im Sinne der erwähnten Verordnung liegen. Wie schon der Hr. Abg. Cretel ausgeführt hat, ist ferner die Bemerkung richtig, daß tendenziös sechs Stunden oder, wie auch gesagt wurde, die Hälfte allen Unterrichts auf den Religionsunterricht entfallen sei. Der Religionsunterricht in den Oberklassen umfaßt nur vier Stunden, und wenn er sich auf sechs erhöht, so geschieht das nicht in der Schule, sondern durch den für die Konfirmanden vorhandenen Vorbereitungs-

unterricht. In bezug auf das Verhältnis der Stadt Dresden, die der Hr. Abg. Nisjche insbesondere erwähnte, möchte ich nur erwähnen, und zwar im verfolg der in der Deputation gegebenen Bemerkungen, daß in einigen Dresdener Schulen tatsächlich die vier Religionsstunden der höheren Klassen auf zwei herabgesetzt worden sind. Ein von den Direktoren der Dresdener Schulen gefasster Beschluß, allgemain eine Kürzung der Religionsstunden einzutreten zu lassen, ist dem Ministerium nicht bekannt geworden, es kann also auch die von dem Hrn. Abg. Nisjche behauptete Ablehnung der Genehmigung einer solchen Kürzung nicht in Frage kommen.

Der Hr. Abg. Nisjche hat sodann von den Fortbildungsschulen gesprochen und beklagt, daß die Beurteilung von Fortbildungsschülern in allzuweitem Umfange erfolgt sei. Allerdings hat das Unterrichtsministerium die Schulbehörden ermächtigt, in einzelnen dringenden Fällen Fortbildungsschüler, soweit sie in der Industrie und namentlich in den mit Heeresausföhrungen betrauten Industriezweigen oder in der Landwirtschaft, die ja doch im gegenwärtigen Kriege für die Volksernährung von hoher Bedeutung ist, tätig waren, zeitweise vom Fortbildungsschulunterricht zu beurlauben. (Zurück recht! Das war sehr richtig!) Es ist aber von vornherein fest ausdrücklich bemerkt worden, daß solche Urlaube auf dringende Fälle zu beschränken seien und daß vorausgesetzt werde, daß keine Beeinträchtigung erwachsener und zur Verfügung stehender Arbeiter gefürche. Wenn nun der Hr. Abg. Nisjche angibt, es würden jetzt diese Urlaube zu leicht genommen, und es seien Urlaube geradezu zur Regel geworden, so würde, wie ich nur wiederholen kann, das Ministerium dankbar sein, wenn solche Fälle angeführt würden, damit ihnen nachgegangen werden kann. Dem Ministerium sind bisher keine Klagen von Eltern, Erziehern oder Schülern bekannt geworden, daß eine allzuweitgehende Beurteilung eingetreten sei.

Endlich darf ich mit einigen Worten noch auf die Bemerkungen eingehen, die der Hr. Abg. Nisjche den bedenklischen Erscheinungen gewidmet hat, die während des Krieges bei der Schuljugend hervorgetreten sind. Wenn er die Klagen, die aus der Öffentlichkeit in dieser Beziehung laut wurden, als übertrieben bezeichnete, so stehen doch seinen hirtauf bezüglichen Erfahrungen wohl wenigstens insoweit, als der spätere Verlauf des Krieges in Frage kommt, die Erfahrungen anderer Stellen und insbesondere der Schulbehörden entgegen, und wie begründet ja die Klagen gewesen sind, daß jetzt schon die starke Vermehrung der erwachsenen jugendlichen Bevölkerung in dem späteren Verlaufe des Krieges. Wenn nun aber der Hr. Abg. Nisjche bemerkt hat, daß zur Verfüllung solcher bedenklischen Erscheinungen Polizeiverordnungen ergangen seien, die allzuweit die Freiheit der Jugend beschränken und sich auf das Strafenleben den Schulfesthalten und ähnliches beziehen, so genügt es, daraus hinzuweisen, daß, wie der Hr. Abg. Nisjche selbst sagt, es sich hier um Polizeiverordnungen handelt, zu deren Erlasse nicht die Schulbehörden, sondern die Behörden der inneren Verwaltung zuständig sind, also das Ministerium des Inneren hierzu eingezogen keinen weiteren Anlaß hat.

Ich kann nur damit schließen, daß ich nochmals die Bereitwilligkeit des Unterrichtsministeriums ausspreche, auf jeden Fall, der den erlassenen Vorschriften etwa nicht entsprechen sollte, einzugehen, sobald er ihm namhaft gemacht wird, denn das Ministerium ist selbstverständlich bereit und willens, allen seinen Vorschriften mit Nachdruck Geltung zu verschaffen und in jeder Hinsicht dafür zu sorgen, daß der Schulbetrieb innerhalb des Krieges aufrechterhalten wird, innerhalb des Krieges, der gerade recht dringend fordert, daß die Schuljugend in besonders ausgiebiger Weise ausgebildet und unterrichtet und etwaigen bedenklischen Einflüssen der Straße entzogen werde. (Bravo recht!)

**Abg. Lange-Weipzig (Soz.):**

Zur Religionsfrage möchte ich dem Hrn. Abg. Cretel nur eins sagen: die Religion, die aus eigenem inneren Erleben, aus eigenem Bedürfnis und Empfinden entspringt, die sollte niemandem genommen werden. Aber die Religion, die gefürzt werden müßte durch die Staatsgewalt, die gefürzt werde durch Verordnungen mit Hilfe der Polizei, diese könne man nicht als Religion im engeren Sinne ansehen. Der Hr. Abg. Cretel habe gesprochen von dem Geist der Religion, er unterscheidet sich da vom Hrn. Kultusminister, der bei der Beratung des Schulgesetzes gesagt habe: mit dem Geist könne man nichts anfangen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), da käme es an auf den Buchstaben. (Sehr richtig!) und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Der Hr. Abg. Cretel meine, der Geist der Religion sei die Hauptfrage; daß sei der Unterschied zwischen ihm und dem Hrn. Kultusminister, der meine, mit dem Geist ließe sich nichts anfangen. (Heiterkeit.) Die Empfehlung einer Vereinfachung der Lebenshaltung lie in der Zeit der Brotmangel und Buttermangel etwas bespart. Er möchte auf einiges eingehen, was der Hr. Kultusminister ausgeführt habe. Er verweise sich dagegen, daß im Kultusministerium die Volksschule so als nebensächlich betrachtet würde. Er könne dem Hrn. Kultusminister das nicht beistimmen. Es könne sein, daß im Kultusministerium sehr viel zu tun sei, daß das weite Gebiet der Kirche, das weite Gebiet der humanistischen Gymnasien, der Realgymnasien usw. alles im Auge zu halten sei, und daß dabei die Volksschule nicht als nebensächlich behandelt werde. Aber wenn man den Bericht, der die Unterlage bilde für die heutige Debatte, zur Hand nehme, komme man doch zu dem Empfinden, als ob die Volksschule so ein hübscher Nebenbel bei wäre. (Zurück bei den Sozialdemokraten: Nicht bloß ein hübscher!) Von den Gymnasien herab bis zu den höheren Mädchenschulen seien Aufnahmen gemacht worden über alle Kriegsbeteiligungen in den Einzelheiten, und von 31 Bezirksschuldirektoren wisse kein Mensch etwas im Berichte, und dabei lägen die Aufnahmen vier Monate zurück. Man habe so ausführlich ausgeführt, wie man den in den Krieg eingetretenen Primaner, Sekundaner usw. das Nachholen ihrer Ausbildung erleichtere, von den Seminaristen habe man erst heute vom Ministerium etwas erfahren, daß für sie daselbe gelten solle. Im Deputationsberichte sei davon nichts enthalten. Der Hr. Kultusminister habe sich heute sehr vorteilhaft über die von der Rede bei der allgemeinen Erörterung. In der Erörterung vom 2. Dezember habe der Hr. Kultusminister gesagt, die heingende Kriminalität in der Beurteilung der Jugendlichen habe leider gezeigt, daß die Einflüsse des Krieges nicht überall verdrind auf die Jugendergiehung gewirkt hätten, daß unter dem Einflusse des Krieges die heranwachsende Jugend, besonders die Fortbildungsschüler, bisweilen sogar vor Diebstahl und Brandstiftung nicht zurückgeschreckt sei. Einen Beweis habe damals der Hr. Minister nicht erbracht, ein Beweis sei auch nicht erbracht worden in der Deputation, ein Beweis sei heute auch nicht erbracht worden. Er möchte daher sich gegen die Verallgemeinerung ganz entschieden wenden im Namen des Volkes, im Namen der großen Klasse. Einzelne Fälle würden immer vorkommen, die seien in den demokratischen und sozialen Verhältnissen begründet, die habe es auch vorher gegeben. Diebstahl und Brandstiftung seien auch die Verweise, welche die englischen und die französischen Chauvinisten gegen das deutsche Heer erhoben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber wenn einmal die ausländische Presse käme und wäre die Erörterungen des Hrn. Kultusministers hinwies, dann wäre es ihr sehr erleichtert worden, einen solchen Vorwurf gegen Deutschland zu erheben. Das wäre Stoff zu Schmähchriften genug. In dieser Beziehung bewundere er heute die Ausführungen des Hrn. Abg. Cretel, der erklärt habe, es gäbe wohl eine gewisse Verantwortung, der aber zurückgewiesen habe die Verantwortung, die Bevölkerung. Diese angebliche Verantwortung könne er als Wahrheit nicht anerkennen. Er sei weit entfernt das bessere Wissen den Schulverwaltungen zu unterstellen, sondern er nehme an, daß sie die Angaben für richtig hielten. Aber dieses Neben von der Verantwortung besonders der Arbeiterjugend sei schon ein alter Lieb. Es sei schon gelungen worden bei der Beratung der Volksschulvorlage. Das sei keine Erziehungssache des Krieges, sondern es sei ein altdemokratisches Lieb. Man kenne die Weile, man kenne den Text und auch die Verfasser. (Sehr gut! bei den Sozial-

demokraten.) Wenn solche Anregungen an den Hrn. Minister und seine Räte gegeben würden und ein so williges Ohr fänden, daß sie in der Generalverordnung vom 14. September ihren Ausgang fänden, dann glaubten die Herren Schulinpektoren im Ranke, es sei ihre Pflicht und Schicksal, in dem Sinne der Rede des Hrn. Kultusministers vom 2. Dezember und im Sinne dieser Generalverordnung Konferenzen abzuhalten, um zu beraten, wie der Verwilderung zu wehren sei, und sie möchten dann auf jedem Lehrer einen Vorkurs und Gebarm machen. Aus jedem Streite und aus jedem Unfug, der von der Jugend geübt werde, entspreche man eine Verwilderung. Auch er möchte die Jugendlichen nicht in den Kinos sehen, aber daß das der Schupmann sein solle, der sie von den Kinos zurückhalte, das halte er für verfehlt. (Sehr richtig! links.) Sie hätten sich auch nicht auf der Straße herumzutreiben, aber daß der Schupmann bestimme, daß nach 7 Uhr und darüber nur diejenigen die Straße begehen dürften, die aus einem evangelischen Jünglings- oder Jungfrauenverein kämen, das seien Dokumente für später, auf die man nicht besonders stolz sein könne. (Sehr richtig! links.) Der Redner verließ sodann Stellen aus einem Berichte der Leipziger Schuldirektoren und aus dem Berichte der Jugendfürsorge der Stadt Leipzig. Es könne doch der höchsten Schulverwaltung nicht unbekannt sein, und es sei ja auch heute darauf eingegangen worden, mit welcher Liebe, mit welcher Mühe Mädchen und Knaben gearbeitet hätten, um Liebesgaben für die in den Lazaretten und für die, welche draußen im Felde litten, herzustellen, mit welcher Hingabe heute Schulmutter-Laufburdenstellen besorgten und Kinder auf Aufwartung gingen, um der Mutter das Zurückhalten zu erleichtern, wo der Vater im Felde liege. Heute habe der Hr. Minister anerkennende Worte dafür gefunden, aber die Verwilderung der Jugend während des Krieges sei ein ganz anderer Standpunkt gewesen, von dem aus er das betrachtet habe. Das sei natürlich in den Verhältnissen begründet, daß so etwas vorkomme und so etwas vorkommen könne. (Zuruf links: Das kommt in den feinsten Familien vor!) Aber er meine, man habe aus diesen Gründen nicht gefordert, daß schon für das vorerschulische Alter Kindergärten, Kinderhorten, Spielplätze, Lesekreise usw. eingerichtet würden. Der Redner ging im Anschluß hieran auf einen Fall der Verwilderung aus seiner Praxis ein. Er glaube, daß es in solchen Fällen wichtiger die Aufgabe der Lehrerschaft wäre, die Gelegenheit wahrzunehmen, den Kindern die Schwere des Schicksals klarzumachen, die gegenwärtig der Krieg über die Väter gebracht habe. Auch wenn man 20 Religionsstunden nehme, werde man um die Praxis, um die Empfindung solcher Dinge nicht herumkommen. (Sehr richtig! links.) und kein Schupmann und keine Verordnung werde das hier immer treffen können, was ein Lehrer in dieser Art und Weise leisten könne. Er meine, das wäre ein Weg, auf dem man gehen könnte. Hr. Abg. Dr. Seyfert habe bereits auf die stonischen Verhältnisse hingewiesen, und das möchte er unterschreiben. Leider hätten die Industriellen und die gewerkschaftliche Tätigkeit und die sozialen Verhältnisse eine Verschärfung der Gesundheit in vieler Hinsicht im Gefolge. Der Redner ludt sodann an der Hand von statistischem Material den Rückgang der Militärtauglichkeit nachzuweisen und in Zusammenhang mit der zunehmenden Beschäftigung in Industrie, Handel und Gewerbe zu bringen. Ähnlich sei es bei dem weiblichen Geschlecht. Es nehme zu, daß die jungen Mütter überhaupt nicht mehr stillen könnten, nicht mehr stillfähig seien, und je mehr die industrielle Beschäftigung zunehme, um so mehr nehme auch das zu. Mächtige Jugend sei in Deutschland nach der letzten Volkszählung im Alter von 14 bis 18 Jahren zu 80 Proz., weibliche Jugend zu 44 Proz. erwerbsfähig geworden. Die Jugend sei das höchste Gut, das der Staat habe, und gerade nach diesem männermordenden Kriege werde die Zeit kommen, wo der Staat auf jeden einzelnen Kopf Wert legen müsse. (Abg. Günther: Sehr richtig!) Darum meine er, die Erziehung der Jugend sei nicht mit Soldatenpietät, nicht mit allem Möglichen zu erstreben, sondern es habe vornehmlich eine Fürsorge für die Säuglingspflege, für Kindergärten einzusetzen. Nach seinem Ideal müßte jedes Kind, das die Schule betreffe, mit dem ersten Lebensjahre eine Personalliste bekommen, wie man sie auch für jedes lebende Grundstück im Lande habe. Hier müßte nach Angabe der Eltern die Gesundheit des Kindes angegeben sein und vom Schulort der Befund eingetragen werden. Dann müßte methodisch in der Schule unterrichtet und das ebenfalls wieder eingetragen werden und beim Eintritt in das Leben und bei der Berufswahl mit berücksichtigt werden; ebenso müßte eingetragen werden, ob in der Zwischenzeit Krankheiten eingetreten seien; also eine Personalliste bis zum Militärbericht hin. Da könnte in jedem einzelnen Falle eingegriffen werden, da könnten in jedem Falle Vorbeugungen usw. getroffen werden. Aber er glaube, diese Fragen seien viel zu praktisch und viel zu einfach, als daß man an ihre Verwirklichung denken könnte. (Sehr gut! Zuruf: Da haben sie keine Zeit dazu!) Die Spiele, das Wandern sollten gepflegt werden. Wer Lust zum Soldaten spielen habe, dagegen sei nicht einzuwenden, aber es solle nicht zwangsweise geschehen. Er möchte noch einige Fragen an das Ministerium richten, ob dem Ministerium bekannt sei, daß es in Sachsen Gemeinden gebe, die den Kriegesverwunden das Schulgeld abgaben, so z. B. im November dreimal 4,20 M., im Dezember viermal 4,20 M. abgezogen hätten, weil vier Kinder in die Schule gingen. Dem Gesetze nach sei dies keines Erachtens nicht zulässig, aber er meine, wenn eine Kriegsfrau zu unbescheiden sei, als daß sie sich an die zuständige Behörde wenden könnte, dann solle doch die Schulbehörde so viel Verständnis haben, daß sie hier eingreife, so daß die Abziehung des Schulgeldes von Kriegsunterstützungen nicht mehr vorkommen könne. (Sehr richtig! links.) (Zuruf rechts: Ist ja juristischgehabt worden!) Er wolle auf das, was der Hr. Kollege Rißler über die armeren Gemeinden ausgesprochen habe, nicht näher eingehen. Er meine, gerade die armeren Gemeinden kämen unter Umständen zu sonderbaren Auswegen. So habe eine gerade nicht arme Gemeinde ihr Steuerregulativ, das sie gesetzlich aufstellen müsse, zum 1. Januar d. J. in der Weise aufgestellt, daß die unterste Klasse ungeheuer belastet werde und die obere nicht, und zwar mit folgender Begründung: Die Schulen seien die meisten Ausgaben der Gemeinde und lösteten der Gemeinde das meiste Geld; die meisten Kinder hätten die armeren Leute. Das Steuerregulativ verfolge die Begründung der Steuervorlage statistisch nachzuweisen und komme dabei zu dem Schluß, daß die, welche die meisten Kosten verursachten, d. h. die meisten Kinder hätten, die Steuern aufbringen müßten. (Hört, hört! links.) So komme die Gemeinde dazu, folgendes Steuerregulativ aufzustellen: Bei der untersten von 400 bis 500 W. n hme sie 240 Proz. der Staatssteuer, dagegen bei 8500 W. gebe es gar keinen Zuschlag zur Staatssteuer, denn die hätten gar keine Kinder. So etwas mache doch die Schule unbeliebt, wenn man auf diese Art und Weise vorgehe, und er meine, da sollte doch nun auch das Kultusministerium die Schulsteuer etwas mit zu prüfen haben und solchen Regulativen seine Genehmigung nicht geben. (Zuruf: Das weiß das Ministerium wohl gar nicht!) Der Redner kritisiert sodann die Auszeichnung des Schuldirektors Käfer in Leipzig, die vor einigen Jahren, etwa 1906 oder 1907, ein berechtigtes Aussehen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus erregt habe. Von Seiten seiner Partei sei die Einzelschule niemals als eine Schablone, niemals als eine Einseitigkeit, sondern nur als die Ergebnisform eines großen Volkes aufgefaßt worden. Darum lege die Volksschule eine so große Bedeutung bei, weil sie die Intelligenz nicht vernichtet, sondern gehörig gefördert wissen wollte für alle durch alle. ( Bravo! links.)

**Staatsminister DDr. Dr.-Ing. Wolf**

(nach den stenographischen Niederschriften):

**W. D. I** Der Hr. Abg. Lange hat, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, heute mit außergewöhnlicher Festigkeit seine Aus-

führungen vorgebracht (Zuruf links: Das war nötig, ich hatte aber den Eindruck, daß die Festigkeit zur Nichtigkeit dieser Ausführungen nicht im rechten Verhältnis stand. Wenn er insbesondere der Staatsregierung den Vorwurf gemacht hat, daß in dem Berichte über Kap. 94, 95 und 96 das Volksschulwesen einen verhältnismäßig kleinen Umfang eingenommen habe, so sollte doch der Hr. Abg. Lange wissen, daß nicht die Staatsregierung, sondern die Deputation die Berichte macht, und wenn die Deputation über ihre Mitglieder Fragen an die Staatsregierung gerichtet hätten, die so umfangreich gewesen wären, daß sie 100 Seiten ausgefüllt hätten, so wäre die Staatsregierung gern bereit gewesen, Auskunft zu erteilen. Da die Deputation aber den Etat bewilligt hat, ohne so umfangreiche Fragen zu stellen, so hat dies die Regierung als einen Beweis für die wohlwollende Ausnahme des Etats angesehen. Ich weise deshalb jeden Vorwurf zurück, daß die Staatsregierung ungenügende Erklärungen für den Bericht gegeben hätte.

Wenn der Hr. Abg. Lange weiter mit gleicher Festigkeit Klagen in bezug auf den Abzug von Schulgeld von Kriegsunterstützungen vorgebracht hat, so weiß ich nicht, wie er sich damit hätte an den Ministerialrat wenden konnte, denn das Kultusministerium hat mit diesen Dingen nicht das geringste zu tun. Ich würde ihn bitten, sich in dieser Sache an die zuständige Stelle, in diesem Falle an das Ministerium des Innern zu richten, da es eine Sache der Kommunalverbände ist, um die es sich hier handelt. Die gleiche Bitte richte ich an ihn in bezug auf die Klagen über die Steuerkataster in Liebertswitz, die wohl in der Gemeindefeuerordnung mit genehmigt worden ist, die also auch der Genehmigung des Ministeriums des Innern unterliegt.

Seine Ausführungen über den Schuldirektor A. D. Käfer habe ich in folgendem zu beantworten. Zunächst ist es ein ausschließlich allerhöchstes Recht der Krone, wenn sie die Auszeichnungen verleiht will oder nicht. Zur Sache selbst liegen die feinerzeit zur Kritik gezogenen Fälle, die dem Kultusministerium über den Schuldirektor Käfer bekannt geworden sind, ungefähr acht bis zehn Jahre zurück. In der Zwischenzeit ist von den für keine Verteilung allein zuständigen Stellen, der Bezirkschulinspektion in Leipzig, bestehend aus dem Stadtrat und dem Bezirkschulinspektor, die Tätigkeit des Hrn. Schuldirektor Käfer in den letzten Jahren als so tüchtig und lobenswert bezeichnet worden ist, daß gar kein Grund vorlag, ihm die mehrfache von dort beantragte Auszeichnung vorzuenthalten. Ich muß nur auch hierin eine Überzeugung des Hrn. Abg. Lange auf das richtige Maß zurückführen. Wenn er sagte, daß der Genannte die höchste Auszeichnung erhalten hätte, die ein Schuldirektor gegeben werden würde, so liegt der Fall so, daß es dieselbe Auszeichnung ist, die jeder Schuldirektor in Leipzig nach treuer Pflichterfüllung erhält.

Dann hat der Hr. Abg. Lange mit besonderer Wärme, wie ich mich ausdrücken will, die Bemerkungen bekräftigt, die ich feinerzeit über die Justizlosigkeit der Schuljugend gemacht habe. Ich habe den Hrn. Abg. Lange immer als einen der Verhältnisse außerordentlich klar ansiehenden Herrn angesehen, der auch sonst nicht gewohnt ist, den Kopf in den Sand zu stecken und an den Dingen vorüberzugehen, die in der Tat bestehen. Er sollte doch glauben, daß ich vom Ministerialrat aus nicht behauptungen aufstellen würde, wenn ich sie nicht vollständig beweisen kann und das Material genau kenne. Die Kriminalstatistik, die uns zur Verfügung steht, und die Berichte der Bezirkschulinspektionen in den Bezirkschulinspektorenkonferenzen über die Justizlosigkeit der Jugend haben mich nicht bloß berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, über diese wichtige Erziehung Angelegenheit eine Ministerialverordnung zu erlassen und auch hier meine Ausführungen darüber zu machen. Wenn dem Hrn. Abg. Lange die Kriminalstatistik nicht bekannt ist, so behaupte ich das, aber er kann deshalb doch nicht mit solcher Festigkeit dem Ministerium den Vorwurf machen, daß von dieser Seite aus Angaben gemacht worden wären, die sich mit den Tatsachen nicht in Übereinstimmung befinden. Es ist in der Ministerialverordnung mit keinem Buchstaben, soweit ich mich erinnere, darauf hingewiesen worden, die Justizlosigkeit der Schuljugend allein mit dem Schupmann zu bekämpfen, im Gegenteil, es ist darin das Vertrauen zur Lehrerschaft ausgesprochen worden, daß sie, wie bisher, so auch in Zukunft dieser wichtigsten Sache ihr Augenmerk zuwenden und durch möglichste Beeinflussung in und außer der Schule dafür sorgen werde, daß diese Justizlosigkeit wegfällt. Ich gebe ohne weiteres dem Hrn. Abg. Lange zu, es gibt Fälle, wo die Not des Elternhauses und die Not der Jungen selbst diese dazu führen, die Justizlosigkeit, in der Hauptsache durch Mindertraub und dergleichen, zu begreifen, es gibt aber auch so unendlich viele andere Fälle der Justizlosigkeit, ich erinnere nur an die Vorurteile in der Stadt Chemnitz und auch an anderen Orten, z. B. auf dem Lande, die mit der Not des Elternhauses gar nichts zu tun haben, sondern, wie das Wort sagt, lediglich mit dem völligen Mangel an Justiz. Und wenn der Hr. Abg. Lange so sehr beklagt, daß es Justizlosigkeit in der Jugend gebe und daß das alles Verhältnisse wären, die bloß aufgehoben werden wären, um daraus Material zu schöpfen und der Arbeiterjugend etwas anzuhängen, so vermute ich mich auf das allerhöchste gegen diese Annahme. Von der Arbeiterjugend ist nicht gesprochen worden, sondern nur von der Jugend im allgemeinen. Verurteilung verdient die Justizlosigkeit überall und um so mehr, je mehr sie unter den Kindern gebildeter Stände vorkommt, wo die Erziehungsmöglichkeiten reichlicher vorhanden sind als in den Kreisen, wo Vater und Mutter auf Arbeit gehen müssen. Die Justizlosigkeit muß verurteilt und bekämpft werden, sie mag vorkommen, in welchen Schichten der Gesellschaft sie will, von Arbeiterjugend allein hat niemand ein Wort getrieben. Nur dem Hrn. Abg. Lange ist es vorbehalten gewesen, der Sache diese Spitze zu geben.

Wenn mir der Hr. Abg. Lange aber trotz der mir zu Gebote stehenden Materialien immer noch nicht glauben will, so ist vielleicht für ihn der „Vorwärts“ — wenigstens war er damals noch das Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei — ein passenderer Zeuge. Wir setzten ein Ausschmitt zur Verfügung, wohl vom April 1915. Darin wird „Über Jugendberziehung“ geschrieben und gefagt: „Oberinspektor Dr. Georg Reichensheimer-München —“, der dem Hrn. Abg. Lange ja auch genau bekannt ist und den er mehrfach bei seiner Schulpolitik mit verwertet hat — weist auf die Tatsache hin, daß in München das Jugendgericht, das seit dem Jahre 1912 eine erfreuliche Abnahme der gerichtlich durchgeführten Straffälle Jahr um Jahr zu verzeichnen hatte, in den ersten drei Monaten dieses Jahres wahrscheinlich die Höhe der Straffälle des ganzen vorigen Jahres erreichten wird.“ (Hört, hört!)

Er schreibt dies nicht zum geringsten Teil dem Umstand zu, daß während des Krieges die Volksschulen Münchens nur mehr einen höchst kümmerlichen Unterricht durchführen und die Fortbildungsschulen überhaupt erst vom 1. November ab und auch da bei weitem nicht alle fortgeführt werden konnten, und diejenigen, die eröffnet wurden, nur mit halbem Betriebe.

Dr. Reichensheimer redet den „Menschen und Staatsbehörden, die nur die Kriegsnöt und alle ihre Gedanken und ihre Tätigkeit nur darauf einstellen, diese zu lindern oder zu beseitigen“, indem sie die Schulhäuser und Erziehungsanstalten selbst großer Städte mehr und mehr in Lazarette und Kolern umwandeln, ins Gewissen, daß „für die Massen der Bevölkerung, für die Tausende von Knaben und Mädchen der großen Städte, die auch in Friedenszeiten schon in Erziehungsmangel stehen, ein bezartiges Hintertreten auf die Kriegsnöt allein ein schwerer Fehler ist.“

Er verlangt darum die Einrichtung von Kriegsklassen im Anschluß an Volks-, Fortbildung- und Handwerker Schulen. Run bitte ich weiter auf folgende Sätze zu achten, Hr. Abg. Lange: „So betäubend die von Reichensheimer mitgeteilte Tatsache von der steigenden Kriminalität der Jugend während der Kriegs-

zeit auch ist, so ist es doch erfreulich, daß sie der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Es dürfte dazu beitragen, die Aufmerksamkeit der Eltern und Erzieher auf die bösen Wirkungen, die der Krieg auf die dahem geliebte Jugend ausübt, hinzuwirken. Denn bisher hatte die Tagespresse geflissentlich von einzelnen Ausnahmen abgesehen, den Krieg einseitig als den großen Erwecker, ja in offenkundiger Verkennung der eigenen sittlichen Kräfte, sogar als Erzeuger guter und edler Eigenschaften dargestellt. Aber die Pädagogik hat dadurch einen großen Schaden erlitten.“

Das Kultusministerium möchte aber nicht, daß die Pädagogik einen großen Schaden erleidet. Deshalb sieht es die Sache mit offenen Augen an, faßt sie bei den Eltern, bezeichnet die Justizlosigkeit als vorhanden, wenn sie vorhanden ist, und trifft die nötigen Maßnahmen dagegen, damit die Jugend davon bewahrt werde. Ich glaube, der Hr. Abg. Lange hat alle Betanlassung, auf Grund dieses Berichtes seines Parteiorgans seine Ausführungen von vorn in einer vollständigen Revision zu unterziehen. ( Bravo! rechts.)

**Berichterstatter Abg. Dr. Schanz (konj.):**

Der Hr. Abg. Lange habe an dem Berichte bemängelt, daß bei Kap. 95 von den Seminarlehrern nichts gesagt worden wäre in bezug auf ihre Teilnahme am Kriege. Er habe da wohl den Bericht nicht genügend gelesen, denn das sei auf Seite 4 unter Kap. 95 und auf Seite 12 unter 1 ausdrücklich erwähnt. Dann habe der Hr. Abg. Lange bemängelt, daß nichts im Berichte stehe über die weitere Behandlung der Seminaristen, die aus dem Kriege zurückkehrten und wieder das Seminar besuchen müßten. Er habe übersehen, daß dieser Fall auf Seite 13 unter 4 behandelt sei. Wenn der Hr. Abg. Lange weiter bemängelt habe, daß über Kap. 96, Volksschulen, zu wenig im Bericht stehe, so weise er darauf hin, daß ein kurzer Bericht genau so gut sein könne wie ein langer. Er hätte natürlich ebensogut ein Fernstudium über die Volksschule schreiben können. Wenn der Hr. Abg. Lange schließlich noch bemängelt habe, daß nichts über die Volksschüler im Kriege in dem Deputationsbericht enthalten sei, so komme ihm das ganz unglücklich vor, denn er sollte doch selbst wissen, daß Volksschüler sich am Kriege nicht beteiligt hätten.

**Abg. Dr. Jöpffel (nl.):**

Der Hr. Kultusminister habe einen Widerspruch zwischen Hrn. Abg. Dr. Seyfert und ihm herauszufinden verstanden. Er müsse erklären, daß dieser Widerspruch nicht bestehe, daß er nur von dem Hrn. Minister gefunden worden sei. Dr. Seyfert habe erklärt, daß er ein deutsches Bildungsideal anerkenne, und er habe erklärt, daß das Königreich Sachsen auf dem Gebiete des Bildungswesens im besonderen Bereiche seiner vollen Souveränität sei. Das sei kein Widerspruch. Er könne sich nicht erklären, wie man eine sogenannte sächsische Kultur schaffen solle; man könne nur eine deutsche Kultur pflegen und dieser deutschen Kultur unsere sächsische Passion geben. Ebenso sei es mit der Schule. Man denke sich ein Schulideal nur als ein deutsches Schulideal, das man dann im Rahmen des sächsischen Staates zu pflegen habe. Dies wolle er betonen. Auch über die Gabelung der Exeprima sei ein Mißverständnis unterlaufen. Hr. Abg. Dr. Seyfert habe nicht etwa die Befestigung der Gabelung gewünscht, sondern nur den Aufwand, der an gering besuchten Schulen damit verbunden sei, verringert wissen wollen. Mit großer Freude habe er davon Kenntnis genommen, daß sich das Kultusministerium der Leipziger Frauenhochschule annehmen wolle. Er hoffe, daß das recht viel Früchte trage. Was das Latein als Bildungselement im Seminar anlangt, so wolle er nur das eine feststellen: der Hr. Kultusminister habe sich da auf eine Kundgabe der Seminarleiter bezogen. Die Stellung der Seminarleiter scheine aber in dieser Frage nicht einseitig zu sein. Aus der Rede des Hrn. Abg. Dr. Seyfert sei ihm klar hervorgegangen, daß dieser dem Deutschen Hilfswort an die Hand geben wolle, um ihm noch neue Gebiete zu eröffnen. (Sehr richtig!) Eine neue Brücke zu schlagen über Gebiete, die ihm noch nicht erschlossen seien. Ein Bericht auf das Deutschtum, den der Hr. Minister herausgegeben habe, sei darin nicht ausgesprochen. (Abg. Dr. Steche: Sehr richtig!) Was der Hr. Kultusminister dann über die Gymnasien gesagt habe, könne er voll unterschreiben. Ihm komme es nicht darauf an, wenn er dem Gymnasium, wie er es neuerlich getan habe, das Wort rede, hier zu sagen, es wäre die höchste Schule, enthielte die höchste Bildung. Ihm komme es vielmehr darauf an, das Gymnasium in seiner Eigenart zu erhalten. Dann habe der Hr. Minister auf den Kartoffelbrotgeist des deutschen Volkes ein Loblied gesungen. Er halte es nicht für richtig, wenn immer und immer wieder darauf hingewiesen werde, als hätte der Krieg das deutsche Volk gewissermaßen in seinem Charakter umgeformt und gereinigt. Es sei ferngehend gewesen, und die pure Auswuchs könne jedes gesunde Volk ertragen. Der Hr. Abg. Lange habe einen flammenden Protest gegen Hrn. Abg. Dr. Seyfert wegen der Einheitschule erhoben. Das hätte er sich ersparen können, denn Dr. Seyfert habe nur das Mißverständnis beseitigen wollen, als ob er mit der Einheitschule ein Ideal pflegen wolle, das nur von westlichen Köpfen gepflegt würde: die Schablone. Dem könne er nicht bestimmen, daß in der Weltgeschichte alles von unten herausgekommen wäre, denn viele Sachen in der Weltgeschichte seien von oben, von der Begabung geföhrt worden. Die Persönlichkeiten hätten die Weltgeschichte geschrieben, und nur der Untergrund, die dauernden Bewegungen und Verschiebungen würden von der Masse geleitet. Was den Fall Käfer betreffe, so könne er sich nicht auf die Seite des Hrn. Kultusministers stellen, denn der Hr. Käfer habe eine Vergangenheit und habe sich leider nicht ganz glücklich vor der Welt dargestellt. Wenn man einem solchen Manne beim Erheben sage: du bist ein Mann nach unserem Herzen, so sei das kein glücklicher Griff gewesen, und er bedauere, daß das geschehen sei. Doch einige Worte über die Jugend! Er gebe zu, daß der Krieg manche unerfreuliche Erscheinungen gezeigt habe, und daß die Kriminalität gewachsen sei. Liege aber nicht in unserem ganzen öffentlichen Leben eine große Gefahr, daß man die Jugend durch die sogenannte Kriminalität verderbe, daß man die Ursache mit der Wirkung verwechsle? Man bringe heute als Kriminalität einzelne Fälle, die früher mit einem Ohrfeigen und mit tüchtigen Prügelein abgetan worden seien, und darin liege eine große Gefahr. Die Polizei und der Kriminalrichter gehörten nicht in das Kindergarten. Dieses besäße einen wohl natürlichen Scham, die schäpe vor weiteren Taten, wenn man einmal in der Jugend ein Unrecht getan habe. Werde aber dieser Fall durchbrochen, werde der Knabe vor den Richter gezogen und müsse überall Aufschluß geben, so sei diese Schupprobe, die sich die Seele selbst baue, in Frage gestellt, und darin erblicke er die höchste Gefahr. Auch die Zwangsberziehung schalte die Familie in gefährlicher Weise aus. Das Kind müsse immer und immer wieder an die Eltern als die höchste Instanz verwiesen werden. Der öffentliche, der staatliche Eingriff tauche in der Jugend nicht. Die frische Soziallosigkeit, die jetzt in den Krieg hinausziehe und die das eigene Leben opfere, sei auch einmal geeignet, in der Heimat gegen die empfindlichen Sühneraugen eines hochwertigen Mitbürgers zu treten oder die Skatruhe eines Sonntagshausnachtsmittags zu führen durch ungebürlichen Eßm. Das seien nämlich die Leute, die sich immer über die Verwilderung der Jugend beklagten. Man müsse sich auch einmal die Leute ansehen. Also wolle man bei diesem Vorgehen gegen die verwilderte Jugend sich so hüten, daß man nicht zu weit gehe. Mit Prügelein und mit Moralphauten erzeuge man keine Jugend, und zum ersten Grundlag einer herauswachsenden Jugend müsse erhoben werden das, was Goethe im Götz sage: „Eiterkeit ist die Mutter aller Jugend.“ (Beifall des Hrn. Jöpffel)

**Sekretär Koch (fortf. Sp.):**

Aus den Ausführungen des Hrn. Ministers über die gymnasiale Bildung könne man im Zweifel sein, ob sie sich gegen ihn

oder gegen den Artikel Paul Schumanns oder im allgemeinen gegen die Gegner des Gymnasiums richteten. Zu dieser Beteiligung des Gymnasiums habe er dem Hrn. Minister keinen Anstoß gegeben. Um aber irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte er da noch einige Punkte hervorheben. Er habe sich mit jenem Aufsatz durchaus nicht ohne weiteres identifiziert, aber er habe auf ihn als sehr beachtlich hingewiesen, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Er habe auch nicht von der Beirichtung der Gymnasien gesprochen. Er sehe gar nicht auf diesem Standpunkte. Was ihn geleitet habe, sei der Wunsch, daß man dem ebenfalls vorhandenen Bedürfnis nach mehr Realschulen und nach mehr Oberrealschulen entgegenkommen möchte. Von einer Beirichtung des Gymnasiums habe er nicht gesprochen.

Abg. Nitzsche-Dresden

antwortet auf die Ausführungen vom Regierungssitze. Zunächst habe Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmalz seine Angaben über die Fortzahlung von Gehältern an Lehrern, die zum Heeresdienste eingezogen worden seien, in Zweifel gezogen. Er habe sich dabei ausschließlich auf die Mitteilungen gelehrt, die im Bericht der Deputation enthalten seien. Dann habe derselbe Hr. Regierungsvorsteher wie auch schon vorher Hr. Abg. Dertel behauptet, seine Angaben über die Zahl der Religionsstunden in einzelnen Gemeinden seien nicht zutreffend. Er habe sie der „Sächsischen Schulzeitung“ entnommen. Den Ort könne er nicht angeben. Dann habe der Hr. Kultusminister gesagt, er sei bei seinen Ausführungen im Geiste zurückversetzt worden in eine Zeit, wo hier noch sehr heftige Kämpfe um Kirche und Schule tobend hätten. Er glaube, der Hr. Kultusminister, dem anscheinend keine Ausführungen etwas auf die Nerven gefallen seien, habe übersehen, daß er sich in der Hauptsache in der Abwehr befinden habe gegen anmaßliches Vorgehen von Kirchen- und Schul-Reaktionen in einer Zeit, in der man den Burgfrieden proklamiert habe und der Mann aus der Bevölkerung allgemein erwarte und verlange, daß der Burgfrieden gehalten werde. Im übrigen habe er sich befähigt mit Unzulänglichkeiten und auch mit ungetreuten Zuständen, die sich infolge des Krieges im Schulwesen eingestellt hätten. Da sei keine Kritik berechtigt gewesen. Redner geht dann weiter auf die Ausführungen des Hrn. Ministers über die Frage des Unterrichtsministeriums, des Religionsunterrichtes, der Behandlung der Arbeiterjugendvereine, der Verewiderung der Jugend ein und antwortet auf sie im Sinne seiner ersten Rede.

Abg. Dr. Dietel (fortsch. Sp.):

Spricht zu den Ausführungen des Hrn. Ministers über die Anforderungen in den Vorkenntnissen im Lateinischen bei der Aufnahmeprüfung zum Seminar. Der Hr. Kultusminister sei der Meinung, daß die jetzt gestellten Anforderungen durchzuführen seien, und wolle keine Meinung auf die Gutachten der Seminardekanen. Wie weit diese Gutachten einheitlich seien, entspreche sich seiner Kenntnis, jedenfalls seien sie nicht einheitlich. Er selbst sei der Meinung, daß die Anforderungen schwierig oder gar nicht durchzuführen seien, wie er des Räyfers ausführt. Ein wichtiger Punkt, der namentlich von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion in der Finanzdeputation A vorgetragen worden sei, sei dabei der Kostenpunkt. Die Ausführungen der Herren von der äußersten Linken seien nicht ganz unberechtigt, daß nämlich den weniger bemittelten Kindern der Zugang zum Seminar durch diese Anforderung zum mindesten erschwert werde. Er habe nun mit Vermutungen gesehen und auch wieder aus den Ausführungen des Hrn. Ministers entnommen, daß die Staatsregierung nicht bei diesen Anforderungen stehen bleiben wolle, sondern daß sie noch Erfahrungen sammeln und mit ihrem endgültigen Urteil zurückhalten wolle. Bei der Gelegenheit möchte er bitten, daß, um diese Erfahrungen auf eine wirkliche Grundfrage zu stellen, Chren 1917 tatsächlich bei der Aufnahmeprüfung diese Vorkenntnisse gefordert werden und in der 7. Klasse mit dem neuen Penum begonnen werde. Darüber sei er sich ja einig mit der Staatsregierung, daß ein Maß von Vorkenntnissen im Lateinischen gefordert werden müsse, damit nicht die Rechtsteile in die Erscheinung treten, wenn gleich mit zwei Sprachen angefangen werde. Der Hr. Abg. Koch habe vorhin auf seine Veranlassung die Tatsache gestreift, daß Schulamtskandidaten, welche die Vorprüfung bestanden hätten, auf Anstellung warteten, ja die Verifizierung erhalten hätten, daß sie nicht ange stellt werden könnten, obgleich sie mittädelnkundig seien, und daß dafür noch Sekundärer hinausgeschickt würden. Er vermisse hierzu die Antwort des Hrn. Ministers. Er nehme an, daß diese Praxis nicht im Sinne der Staatsregierung liege und daß sie an die Bezirksinspektoren eine dahingehende Anweisung hinausgebe. (Bravo!)

Vizepräsident Opiß (sonj.):

Die Beratungen des Volksschulrats händen unter dem Zeichen des Krieges und deshalb sei eine Ausnahmebehandlung der heutigen Beratungsgegenstände gerechtfertigt. Seine Fraktion habe es begehrt, daß sich der Bericht der Finanzdeputation A streng auf diejenigen Punkte beschränke, deren Bepredung speziell durch die Kriegslage nötig geworden sei, und daß rein programmatische Fragen, speziell bei der Volksschule ausgeschaltet worden seien. Man dürfe deshalb den Herren der Berichtserstattung, den Herren von der Finanzdeputation A keinen Vorwurf machen, daß es der Bericht vermißten habe, speziell der Wirksamkeit und der Verdienste unseres Volksschulwesens in der gegenwärtigen Zeit zu gedenken. Zur Sache selbst sei es ihm sehr sympathisch gewesen, daß die Ausführungen des Hrn. Abg. Lange von der Mäßigkeit der Wirkung der Behandlung dieser Gegenstände nach außen getragen gewesen seien. Es wäre ihm lieb gewesen, wenn die Partei des Hrn. Abg. Lange diese Sorge bei anderen Anlässen zum Ausdruck gebracht hätte. Er erinnere an die leidenschaftlichen Debatten aus Anlaß der Rafrungsmittelfrage gegenüber den ungemein wertvollen und unerfesslichen Erwerbsständen unseres Volkes. Da seien Beschluldigungen erhoben worden, von denen unter hundert kaum ein Fall berechtigt gewesen sei, und erhoben ganz ohne Rücksicht darauf, welchen Eindruck das nach außen machen müßte und tatsächlich in der verhängnisvollsten Form gemacht habe. (Sehr richtig!) Aus den Debatten aber über die Zustillosigkeit der Jugend werde jeder bei seinem Gewissenstande schließen müssen, daß man gewillt sei, bessere Hand anzulegen, da, wo es in der gegenwärtigen Zeit nötig sei. Redner dankt dann im Namen seiner politischen Freunde dem Hrn. Kultusminister für die äußerst interessanten und zutreffenden Darlegungen in bezug auf die Gymnasien und deren innere Berechtigung. (Sehr richtig! rechts.) Das seien herrliche Worte gewesen. Der Punkt Religion hätte bei der heutigen Debatte eigentlich nicht angeschnitten werden sollen. (Sehr richtig!) Denn wenn man davon ausgehe, daß man beim Burgfrieden seine ganze Tätigkeit allein auf die Fragen konzentrieren solle, die dazu geeignet seien, das deutsche Volk einmütig, kräftig und widerstandsfähig nach außen zu machen, und wenn man damit die weitere Absicht verbinde, alle Fragen zurückzustellen, welche die Lebensschonsten erregen, so werde man zugeben müssen, daß die Wahl speziell der Diskussion über die Berechtigung oder die mangelnde Berechtigung der Religion gerade in diesem Zeitpunkt doch eine recht bedenkliche sei. (Sehr richtig! rechts.) Da aber einmal auf diese Frage zugelassen worden sei, so könne er sich nur auf den Standpunkt seines Gesinnungsgenossen Dertel stellen, daß die Religion der wichtigste Faktor der ganzen Kultur aller Völker, insbesondere aber auch unseres Volkes sei und für alle Zeiten sein werde. (Beifalles! Sehr richtig!) Dafür halte er den Hrn. Abg. Lange als viel zu tief in die inneren Zusammenhänge des menschlichen Daseins und in die geschichtliche Entwicklung eingeweiht, als daß er nicht auch von ihm überzeugt wäre, er wisse genau, welcher weitesttragende Faktor von tiefster und größter Bedeutung von jeher in der Geschichte der Menschheit die Religion gewesen sei. In den Jahrtausenden der Geschichte seien überall, wo Fortschritte gemacht worden seien, wo Kämpfe aufgetreten seien, sie zu

seinem Zeitpunkt heftiger und intensiver und die ganze Geschichte der Menschheit mehr pender geworden, als wo sie zurückzuführen seien auf die Religion. Und der Weltkrieg sei ganz besonders geeignet, dieses Moment von neuem hervorzuheben zu lassen. Das habe kein Volk eigentlich mehr in ihrer Tragweite richtiger eingeschätzt als jetzt unser linksrheinischer Nachbar. Denn es sei eine bekannte Tatsache, der intensivste Angriff, der jemals in Frankreich gegen die christliche Religion geführt worden sei seit mehr als einem Jahrtausend, sei vom Staate und öffentlich von der französischen Regierung gegen die katholische Religion geführt worden. Als nun dieses fürchterliche Strafgericht, wie man es wohl bezeichnen könne, über unseren Nachbar links des Rheines herein gebrochen sei, da sei das erste Bewußtsein, das durch die Herzen des französischen Volkes gegangen sei, das gewesen: der Herrgott, der auf Seiten des Feindes steht, den habe ich verlassen, infolgedessen müßt auch ihr verlassen sein. Das habe durch die ganze französische Presse damals die Kunde gemacht und werde praktisch bei den Franzosen auch heute noch bekräftigt, daß man dem Herrgott, den man aus Leben und Schule habe fortweisen wollen, so gern wieder die Türe öffne, weil man wisse, wenn der Gast einträte, dann werde auch die nötige Kraft bei dem Volke erwachen. (Beifalles! Beifalles! rechts.)

Abg. Günther (fortsch. Sp.):

Wenn der Hr. Kollege Dr. Seyfert darauf Bezug genommen habe, daß bulgarische Lehrer monatlang in Sachsen dem Seminarunterricht beigezogen hätten, so zeige das, daß man von Seiten des verbandeten bulgarischen Königreichs schon früher für deutsche Bildungszwecke großes Interesse bekräftigt habe. Er möchte betonen, daß die Worte des Hrn. Ministers Dr. Red, daß man alles daran setzen müsse, die Verbreitung der deutschen Sprache im Auslande zu fördern, volle Billigung finde. Aus einem im Verlage des Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde in Stuttgart, erschienenen Werke, enthaltend einen Aufsatz: „Bulgarien und die Bulgaren“ von Dr. Kurt Jördis, sei zu entnehmen, daß das Königreich Bulgarien, für die Balkanverhältnisse betrachtet, das Land der Schulen sei. Wenn der 80 Jahren erst die erste bulgarische Volksschule gegründet worden sei, so sei das Volksschulwesen in dieser Zeit, namentlich in den letzten Jahrzehnten, außerordentlich gefördert worden, daß von den Staatsausgaben, die im Jahre 1910 228 316 000 Frank betragen hätten, allein für die öffentlichen Lehranstalten 25 372 000 Frank, also 10 Proz. aufgewendet worden seien. Dabei möchte er der Staatsregierung bei einer zulässigen Neuordnung des Volksschulwesens, überhaupt des gesamten Bildungswesens besonders ans Herz legen, daß die Volksschule im Königreich Bulgarien unentgeltlich sei (Hört, hört! links), ebenso das Programmium, das begabtere und eine höhere Bildung erstrebende Schüler von 11 bis 14 Jahren besucheten, um dann ins Gymnasium überzutreten. Schon im Jahre 1910 habe es im Königreich Bulgarien 5400 Lehranstalten gegeben, die von 520 000 Schülern besucht worden seien und an denen 13 461 Lehrer unterrichtet hätten, und um diese Zeit habe die Bevölkerung aus 4 500 000 Seelen bestanden. Das werde sich ungefähr mit der Bevölkerungszahl Sachsens. Wenn solche Fortschritte in dem betreffenden Auslande zu verzeichnen seien, habe man alle Ursache, auch während der schweren Zeit, in der man sich gegenwärtig im Weltkrieg befinde, die wichtigsten Fragen des Bildungswesens weiter zu fördern und alles zu tun, daß nach Friedensschluß auch auf diesem Gebiete der Fortschritt weitere Bahnen wandle. (Sehr richtig! bei der fortgeschrittenen Volkspartei.) Diesen Wunsch hier auszusprechen für sich und seine politischen Freunde, sei ihm ein Herzensbedürfnis gewesen. (Beifalles! Bravo! bei der fortgeschrittenen Volkspartei.)

Abg. Lange-Leipzig (sonj.):

Er wolle nicht mehr auf die Religionsfrage eingehen, so interessant es ihm sein würde, sich mit dem Hrn. Vizepräsidenten darüber einmal auszusprechen, aber eins bliebe ihm als Raies ein Rästel. Frankreich habe keine Kirche vom Staat getrennt, Ausland sei die personifizierte Vereinigung, Verschmelzung von Staat und Kirche. Wollte jemand sagen, daß der französische Soldat kein so tüchtiger Soldat sei wie der Russe? Nun würden die Deutschen das möglichen, und alle drei beteten zu einem und demselben Gott. Der wisse doch wirklich nicht, wem er helfen solle. Das scheine ihm eine Bequidung zu sein, die kaum angebracht sei. Die Verweigerung auf die Lebensmitteldbatte halte er nicht für angebracht, er glaube, da sei es mehr die Beforgnis und die Furcht vor den Interessenten als die Furcht vor dem Auslande, die da mitspielen. Klagen im Bericht seien nur bei der Volksschule, nur bei den Seminaren, sei kein nicht bei den höheren Schulen, nicht bei den Mädchenschulen usw. Das werde aus dem Bericht nicht herausgegriffen werden können. Man möge das vom finanziellen Standpunkt betrachten können, vom ideellen sei die Volksschule zu wichtig. Der Hr. Kultusminister habe sich auf den „Vorwärts“ gelehrt. Er wüßte nur, daß das Kultusministerium den „Vorwärts“ immer so als Autorität betrachteten möge wie in diesem Falle. (Weiterleft.) Der Unterschied zwischen ihm und dem Hrn. Kultusminister bestche darin: der Hr. Kultusminister nehme eine Berliner Zeitung, welche die Ausrufung eines Ränkners bespreche, als Grundlage für seine Maßnahmen in Sachsen. Er habe dem gegenübergestellt den Bericht einer Konferenz von Direktoren, die 7000 Volksschüler unter sich hätten in einer Großstadt in Sachsen. Er habe dem gegenübergestellt den Bericht des Fürsorgeverbandes in derselben Stadt. Das seien alles sächsische Berichte, wovon er seinen Standpunkt gestellt habe, und der Hr. Minister lege wohl auf besondere Zeitungsäußerungen sehr viel Wert, noch dazu, wenn sie von weither kämen; was nicht weither sei, habe keinen Wert. Im übrigen meine er, daß die heutige Auffassung des Ministeriums schon wesentlich abweiche nach der besseren Seite hin von der früheren im Dezember.

Abg. Nitzsche-Dresden (nl.):

Er habe sich lediglich zum Wort gemeldet, um kurz den Ausführungen des Hrn. Vizepräsidenten Opiß entgegenzutreten. Er könne sich um so kürzer fassen, als der Hr. Abg. Lange schon diese Äußerung gestreift habe. Der Hr. Vizepräsident habe es für nötig befunden, dem Hause anzudeuten, über welche Angelegenheiten man überhaupt sprechen dürfe, und in welcher Form das ungefähr zu geschehen habe. Aber der Hr. Vizepräsident habe sich wohl am allerweitesten von dem Thema entfernt dadurch, daß er plötzlich auf die Ernährungsfragen selbst zu sprechen gekommen sei. Der Hr. Vizepräsident habe die Debatte, die im vorigen Monat hier stattgefunden habe, gestreift, er habe sie jedenfalls im lebhaftesten Gedächtnis, und er habe heftige Vorwürfe gegen die Redner der damaligen Verhandlung vorgebracht. Da er nun nicht annehmen könne, daß sich diese Vorwürfe gegen seinen Parteistand und Schmidt trügeren, wolle er sie wenigstens für seine Person mit aller Entschiedenheit zurück. Seine Partei müsse darum bitten, ihr zu überlassen, ob und in welcher Form sie die einzelnen Gegenstände hier zur Beratung herbeiziele, um so mehr, als sie auch gewillt sei, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen.

Vizepräsident Opiß (sonj.):

Er möchte sich zunächst gegen den Vorwurf verwahren, den der Hr. Vordner ausgesprochen habe, daß er die Annahme gehabt habe, daß Hans darüber belehren zu wollen, was bei einer derartigen Gelegenheit zu sprechen sei, und in welcher Form. Das sei ihm nicht beigelommen, aber das Recht müsse man wohl haben, sich darüber auszusprechen, was man von der heutigen Debatte erwartet habe oder nicht. Das sei das einzige gewesen, wozu er sich geäußert habe. Im übrigen habe sich der Hr. Abg. Nitzsche durch seine Ausführungen über die Wahrung der Verletzung des Burgfriedens getroffen gefühlt, ohne daß er seines Wissens weder ihn noch seine Partei dabei namhaft gemacht habe. Seine diesbezüglichen Ausführungen seien ganz allgemeiner Natur gewesen.

Abg. Nitzsche-Dresden (nl.):

Auf die Ausführungen des Hrn. Vizepräsidenten Opiß wolle er nicht antworten; er habe ihn beim besten Willen nicht verstehen können.

Darauf nimmt die Kammer die Anträge der Deputation einstimmig an.

Punkt 3 der Tagesordnung: Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kap. 88 bis 94 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1912/13, Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Evangelisch-lutherisches Landeskonfistorium, Katholisch-geistliche Behörden, Universität Leipzig, Technische Hochschule zu Dresden, Evangelische Kirchen, Gymnasien, Realschulen, Oberrealschulen, Realschulen, sowie höhere Mädchenbildungsanstalten. (Drucksache Nr. 114.)

Berichterstatter Abg. Schieber (nl.):

Es seien in diesem Kapitel besondere Abweichungen vom Etat nicht zu verzeichnen. Er wolle nur mitteilen, daß der in dem Etat eingeschätzte Zuschuß von 774 546 R. nicht ganz erreicht worden sei. Er betrage nur 773 621,15 R., demnach ein kleines Minus von 1024,85 R. Kap. 89, Evangelisch-lutherisches Landeskonfistorium. Auch hierzu habe die Rechenschaftsdeputation besondere Mitteilungen nicht zu machen. Er wolle bemerken, daß der Zuschuß hierzu 312 468,99 R. betragen habe. Das sei ein Minus gegenüber dem Etat von 3963,01 R. Ferner Kap. 90, Katholisch-geistliche Behörden. Auch hierzu seien besondere Bemerkungen nicht zu machen. Der Zuschuß habe betragen 80 775,52 R.; das seien 140,48 R. weniger als im Etat eingeschätzt war. Kap. 91, Universität Leipzig. Hierzu hätte er einige möglichst kurze Mitteilungen zu machen. Angesichts der vorgerückten Stunde werde er sich möglichst kurz fassen. Er wolle bloß darauf hinweisen, daß die ersten Titel in dem Etatkapitel wesentlich höhere Einnahmen erbracht hätten, als vorausgesehen gewesen wäre. Die Erträge aus den Grundstücken, die Mieten usw. hätten alle erheblich höhere Einnahmen erbracht. Auch die Gebühren seien ganz anscheinlich gewachsen infolge des starken Besuches der Universität Leipzig. Zu den Ausgaben habe er besondere Bemerkungen nicht zu machen. Das Kapitel sei in der Rechenschaftsdeputation gründlich geprüft worden und habe zu irgendwelchen Ausstellungen keine Veranlassung gegeben. Er könne deshalb mitteilen, daß der Zuschuß 7675 984,16 R. betragen habe, das seien weniger gegenüber dem Etat 19 904,18 R. Ferner Technische Hochschule zu Dresden. Auch hier seien besondere Bemerkungen nicht zu machen. Bloß darauf wolle er hinweisen, daß die Einnahmen infolge höherer Schülerzahl ebenfalls nicht unbedeutend zugenommen hätten. Auch in den Ausgaben seien besondere wichtige Vorsummen nicht zu bemerken. Der Zuschuß zu diesem Kapitel habe 3 293 752 R. betragen. Das sei ein Weniger gegenüber dem Etat von 49 315,84 R. Ferner Kap. 93, Evangelische Kirchen. Auch dieses Kapitel habe keinen besonderen Anstoß zu Bemerkungen gegeben. Der Zuschuß betrage 7 350 674,64 R. Das seien weniger 66 425,36 R. Kap. 94, Gymnasien, Realschulen, Oberrealschulen, Realschulen, sowie höhere Mädchenbildungsanstalten. Die darüber gepflogenen Erörterungen über die Abweichungen vom Etat seien in der Deputation durchgesprochen und geprüft worden, und die darüber gegebenen Ausführungen seien voll befriedigend gewesen, so daß auch zu diesem Kapitel die Rechenschaftsdeputation keine Mitteilungen zu machen habe. Der Abschluß dieses Kapitels schließe mit einem Zuschuß von 7837 542,92 R. Das seien weniger gegenüber dem Etat 109 179,08 R. Er habe im Namen der Rechenschaftsdeputation die Annahme des Antrags zu empfehlen und zu bitten, die Etatüberschreitungen anzunehmen.

Die Kammer nimmt den Antrag der Deputation einstimmig an.

Punkt 4 der Tagesordnung: Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kap. 95 bis 101 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1912/13, Seminare, Volksschulen, Katholische Kirchen und wohltätige Anstalten, Sonstige Kultuszwecke, Taubstummenanstalten, Stiftungs-mäßige und privatrechtliche Leistungen der Staatskasse für Kirchen- und Schulzwecke, Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. (Drucksache Nr. 86.)

Berichterstatter Abg. Dertel (sonj.):

Aber vier Kapitel, nämlich 97, 98, 100 und 101, seien Anträge überhaupt nicht zu stellen. Auch bei den übrigen Kapiteln seien die Abweichungen vom dem Voranschlag nicht so bedeutend, daß besondere Ausstellungen oder Untersuchungen notwendig gewesen wären. Deshalb bitte er im Auftrag der Deputation das hohe Haus, die Etatüberschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Die Kammer nimmt den Antrag der Deputation einstimmig an.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 51 Min. nachmittags.)

I. Kammer.

9. öffentliche Sitzung am 2. Februar.

Präsident Oberstmarfchall Dr. Graf Wigthum v. Esdrast, Eggellens, eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 2 Min.

Am Regierungssitze: Die Regierungskommissare Ministerialdirektor Geh. Rat Esterich, Geh. Rat Dr. Krüger und Oberfinanzrat Friedrich.

Urlaub erhält Major v. Rostk-Wallwiy wegen Unabkömmlichkeit im Felde.

Den Vortrag aus der Register übernimmt Sekretär Oberbürgermeister Dr. Koenzler-Daugen.

In Erledigung von Punkt 2 der Tagesordnung werden sodann gemäß dem Königl. Dekret Nr. 19 auf Vorschlag des Hrn. Geh. Kommerzienrats Waentig-Rittau durch Zutritt zum Staatsgerichtshof als Mitglied der Herren Ministerialdirektor a. D. Wirtl. Geh. Rat Dr. Jahn, Eggellens, in Dresden, Landesgerichtspräsident a. D. Dr. Hartmann in Plauen i. B. und Rechtsanwalt Geh. Justizrat Ulrich in Chemnitz und als Stellvertreter die Herren Rechtsanwalt Justizrat Barth in Leipzig und Rechtsanwalt Geh. Justizrat Dr. Rittach in Dresden gewählt.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Punkt 3 der Tagesordnung: Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Titel 7 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Ausbau des Eisenbahn-Fernsprechnetzes (zweite und letzte Rate) betreffend. (Drucksache Nr. 18.)

**Berichterstatter Oberbürgermeister Wähler:**

In Titel 7 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats werden zum Ausbau des Eisenbahnfernsprechnetzes als zweiter und letzter Teilbetrag 375 000 M. angefordert. Die Berechtigung der Anforderung sei bei Bevollzug des ersten Teilbetrages durch den letzten Landtag bereits anerkannt worden. Es handelte sich einmal darum, daß die wichtigeren Ortsteile durch sogenannte Geschäftsfernleitungen verbunden werden, bei denen neue Fernsprecher nicht angebracht werden sollen, und dann um die Verbindung der Bahnhofsstellen durch sogenannte Fahrbienleistungen, bei denen die Anbringung von rund 250 neuen Fernsprechern beabsichtigt sei. Seit der Stellungnahme der Kammer auf dem letzten Landtage habe sich an der grundsätzlichen Zustimmung zu der Forderung nichts geändert. Geändert habe sich nur die Verteilung. Der erste Teilbetrag sei im sogenannten Extraordinarium des Kap. 16 des ordentlichen Haushaltplanes eingestellt gewesen; der jetzige Teilbetrag werde im außerordentlichen Haushaltplane angefordert, um den ordentlichen zu entlasten. Wegen dieser veränderten Gewährung sei in der jetzigen Zeit nichts einzuwenden. Ferner sei bei der Anforderung des ersten Teilbetrages der Gesamtsumme auf 525 000 M. veranschlagt worden. Seitdem seien aber Erhöhungen eingetreten in Stoffen und in Löhnen und diese Erhöhung mache die Einhaltung des ursprünglichen Anschlages für einen Teil der Planung unmöglich. Der neue, jetzt vorgelegte Anschlag sehe darum eine Erhöhung der einzelnen Anlagen des ursprünglichen Anschlages vor. Auf die Einzelheiten wolle er hier nicht weiter eingehen. Der Gesamtsumme werde jetzt auf 675 000 M. angenommen; 300 000 M. seien als erste Rate vom vorigen Landtag bewilligt worden; die restlichen 375 000 M. beantrage die Deputation in Übereinstimmung mit der Zweiten Kammer nach der Vorlage zu bewilligen.

Die Kammer genehmigt einstimmig diesen Antrag.

4. Punkt der Tagesordnung: Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über das Gesuch der Gemeinde Heiderdorf, den Stationsnamen Niederseiffenbach in Nieder-Seiffenbach-Heiderdorf umzutauschen. (Drucksache Nr. 19.)

**Berichterstatter Kommerzienrat Dr.-Ing. Reinecker**

erklärt die ganze Sachlage, wozu auf den Bericht der Zweiten Kammer, Landtagsbeilage Nr. 12 S. 49 verwiesen werden kann, und beantragt, die Kammer wolle in Übereinstimmung mit der Zweiten Kammer beschließen: das Gesuch auf sich beruhen zu lassen.

Die Kammer beschließt einstimmig demgemäß.

Letzter Punkt der Tagesordnung: Anzeigen der vierten Deputation über zwei für unzulässig erklärte Petitionen und eine für unzulässig erklärte Beschwerte. (Drucksachen Nr. 24, 25 und 26.)

**Wickl. Geh. Rat Kammerherr v. Schönberg**

zeigt namens der vierten Deputation an, daß die Petition des Gottlob Moritz Schneider in Aue, unklaren Inhalts, auf Grund von § 23c der Landtagsordnung wegen Unklarheit,

die Petition des Anwalts Friedrich Seifert in Leipzig-Schleswig wegen Verwahrung einer Entschädigung aus Staatsmitteln auf Grund von § 23b der Landtagsordnung wegen gänzlich unterlassener Befehrsleistung der in der Petition angeführten Tatsachen, in gleicher Weise wegen darin enthaltenen beleidigenden Äußerungen, und

die Beschwerde des August Bötsche in Remmich bei Dresden gegen richterliche Handlungen sowie Petition um Ersatz von vermögenswerten Schäden auf Grund von § 23c der Landtagsordnung wegen Unklarheit und Beleidigung für unzulässig zu erklären seien.

Es bewendet bei diesen Anzeigen.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 9. Februar, vormittags 12 Uhr statt mit folgender Tagesordnung:

1. Vortrag aus der Registratur und Beschlüsse auf die Eingänge.
2. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 47, 47a, 48 und 49 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Gendarmereiamt, Landesstrafvollzugsanstalt zu Dresden und sonstige Zwecke der Sicherheitspolizei betreffend. (Drucksache Nr. 32.)
3. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 62 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Botanischer Garten und Pflanzenphysiologische Versuchsanstalt zu Dresden betreffend. (Drucksache Nr. 33.)
4. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 63a des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Landesweitverwarte betreffend. (Drucksache Nr. 34.)
5. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 29 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Landtagskosten betreffend. (Drucksache Nr. 28.)
6. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 30 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Stenographisches Landesamt betreffend. (Drucksache Nr. 29.)
7. Anzeigen der vierten Deputation über zwei für unzulässig erklärte Petitionen. (Drucksachen Nr. 40 und 41.)

**Der Präsident**

bemerkte noch, daß er beabsichtige, in der nächsten Woche noch eine weitere Kammer Sitzung, und zwar am Donnerstag, den 10. Februar, abzuhalten, und auf die Tagesordnung zu setzen: Volksernährung.

Nach Beilegung und Genehmigung des Protokolls wird die öffentliche Sitzung 12 Uhr 22 Min. nachmittags geschlossen.

**II. Kammer.**

17. öffentliche Sitzung am 2. Februar.

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung vormittags 10 Uhr 35 Min.

Am Regierungstische: Se. Excellenz der Staatsminister v. Seydewitz, sowie die Regierungskommissare Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Wöhle, ferner Geh. Rat Dr. Krifche, Geh. Finanzrat Dr. R. Schmar und Geh. Bergrat Fischer. Es erfolgt zunächst der Vortrag aus der Registratur.

Entschuldigt sind für heute und morgen Abg. Dr. Methammer (nl.), für heute Abg. Bauer (nl.) und Abg. Claus (nl.) wegen dringender Geschäfte.

Darauf tritt die Kammer sofort in die Tagesordnung ein. Vor Eröffnung der Debatte zu Punkt 1 macht der Präsident darauf aufmerksam, daß die Kammermitglieder heute nachmittags um 4 Uhr die Besichtigung in der Technischen Hochschule vorzunehmen hätten.

1. Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 8, ohne Titel 19 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Porzellanmanufaktur betreffend. (Drucksache Nr. 92.)

**Berichterstatter Abg. Dr. Steche (nl.):**

Er habe vorläufig dem Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 8, Porzellanmanufaktur betreffend, ausschließlich Titel 19, nichts hinzuzufügen und bitte namens der Deputation, die Kammer wolle beschließen:

- a) bei Kap. 8, Porzellanmanufaktur, nach der Vorlage a) die Einnahmen in Titel 1 bis 3 mit 2 068 000 M. zu genehmigen, b) die Ausgaben in Titel 4 bis 18 mit 1 837 000 M., darunter 7929 M. künftig wegfällig, zu bewilligen, c) die Vorbehalte zu Titel 9 bis 14 und zu Titel 16 zu genehmigen.

**Abg. Linke (soz.):**

Er möchte es nicht unterlassen, wieder auf einige Mängel hinzuweisen, die immer noch in der Königl. Porzellanmanufaktur zu finden seien. Tadelnswert sei, daß in einem Staatsbetriebe immer in so enormer Weise Überstunden gemacht würden. Er habe schon bei der Beratung vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß die Angaben, die im Berichte niedergelegt seien, nach Aussagen der Arbeiter nicht stimmten, aber selbst wenn diese Zahlen der Richtigkeit entsprechen sollten, so sei es immerhin noch ganz enorm, in welcher Weise in diesem Betriebe Überstunden gemacht würden. Wenn im Jahre 1914 ein Wägenzug zu finden sei, so sei er weniger dadurch entstanden, daß man die Überstunden beseitigen wolle, sondern dadurch, daß das Kriegsjahr seine Einwirkungen gezeigt habe. Es wäre die Frage aufzuwerfen, ob nicht die steigende Zahl der Erkrankungen mit darauf zurückzuführen sei, daß so viel Überstunden gemacht würden. Infolgedessen wäre es einmal angebracht, daß man Erhebungen darüber anstelle, ob davon in der Hauptkategorie diejenigen Arbeiter betroffen würden, die eventuell im Jahre 600 bis 800 Überstunden zu verrichten hätten. Weiter sei es bei einem Staatsbetriebe nicht angebracht, so außerordentlich hohe Gehaltsanteile an die Beamten zu zahlen. Im Jahre 1912/13 seien es 55 000 M., und bei der Aufstellung des Etats 1916/17 seien es 83 000 M. gewesen. In dem Berichte sei ausgeführt, daß die Gehaltsanteile sich fortgesetzt erhöhten. Er wisse, es sei in jedem Falle angebracht, daß hier eine Verkürzung vorgenommen werde, denn er glaube bestimmt, daß es nur ein ganz geringer Teil von Beamten sei, der diese hohe Summe von 83 000 M. einnehme, und daß damit jedenfalls ein guter Teil der Löhne aufgehoben werden könnte, die doch zum Teil noch dürftig genug seien. Des weiteren werde von den Arbeitern sehr oft Klage darüber geführt, daß die Unterstellungen, soweit sie in einzelnen Werkstätten verteilt würden, so nach Gunst verteilt würden, daß derjenige Arbeiter, der sich irgendwie nur einmal, und sei es auch berechtigterweise, etwas verdient habe, von einer beträchtlichen Gunst ausgeschlossen werde. So verhalte es sich auch bei der Anstellung von Arbeitern. Des weiteren möchte er dem Wunsche der Arbeiter Ausdruck geben, daß eine bessere Bezahlung der älteren Arbeiter vorgenommen werde. Es sollten Arbeiter vorhanden sein, die 25 und 30 Jahre im Betriebe tätig gewesen seien, die sich aber von solchen, die nur kurze Zeit arbeiteten, im Lohnverhältnisse nicht unterscheiden. Auch hier sei man der Meinung, daß es zum guten Teil lediglich Gunst sei, die mit der Anstellung verbunden sei, nicht gegenüber denen zurückstellen, die weniger Intelligenz erforderten, die auch die Arbeiter verrichten könnten, die nur kurze Zeit im Betriebe anwesend seien. Auch möchte er die Staatsregierung ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter in diesem Jahre ihre mit drei Tagen obnehin äußerst knapp bemessenen Ferien erhielten. Er möchte aber noch weiter erörtern, die Feuerungszulage, die gegenwärtig im Werke bei den Diäthen 5 M. betrage, und die auch bei den Arbeitern sehr gering sei, etwas zu erhöhen, zumal wenn man bedenke, daß die Arbeiter durch ein gewisses Hundschweigen dazu veranlaßt worden seien, 1 1/2 Proz. ihres Arbeitsverdienstes zur Kriegsunterstützung beizutragen. Er glaube, nachdem der Krieg solange gedauert habe, könne man sich auch dazu entschließen, diese 1 1/2 Proz. endlich einzustellen und eventuell eine weitere Feuerungszulage für die Arbeiter in Aussicht zu nehmen.

**Abg. Hofmann (kon.):**

Der Bericht veranlasse ihn, zunächst bezüglich des Malererechners einige Worte an die Regierung zu richten. Es sei hier zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht angängig sei, den Gehalt dieses Beamten in dieselbe Staffel zu bringen wie die des Gehaltungsanführers. Da im Berichte der Ausdruck gefallen sei, daß die Regierung erkläre, es sei an sich nicht angängig, den Mann in eine andere Staffel zu bringen, und zwar in eine ähnliche Staffel wie kein Kollege bei der Gehaltung, so möchte er doch hiergegen Protest einlegen. Er könne das Verhalten der Staatsregierung nicht gutheißen. Dieses entspreche auch nicht der Haltung der Regierung bei der Beratung dieser Angelegenheit vor zwei Jahren. Das Vermögen im Rechnungsbetriebe, das in der Königl. Porzellanmanufaktur arbeite, sei mit einem niedrigeren Betrage eingestellt als die Bilanz im Deputationsberichte ergebe. Die Differenz betrage ungefähr 500 000 M. Es sei selbstverständlich nur ein rein buchhalterischer Vorgang, der hier zu ordnen wäre, und er beschreibe sich heute dabei, die Regierung zu bitten, einmal nachzuprüfen, ob es nicht möglich wäre, die Werte der Bilanz in Einklang zu bringen mit den Werten der Übersicht D des Rechnungsbetriebes. Beim Lesen des Berichtes über die neuerrichtete Schauhalle meine er, wenn die Finanzdeputationen A und B bei allen Neubauten und bei allen Anlagen sich in einer derartig persönlichen Kritik über den Bau im schriftlichen Berichte ausließen würden, so würde das wahrscheinlich sehr zeitraubend und kostbar werden für die Landtagskosten. Anders aber sei es natürlich für ihn als Abgeordnete der Stadt Weissen. Da empfinde er die hier zum Ausdruck gebrachte Anerkennung des Herrn Berichterstatters über die schöne Schauhalle außerordentlich dankbar. (Zurufe: Ja also! Es hat sich alles in Wohlgefallen aufgelöst!) Es sei ja wohl ein offenes Geheimnis, daß der Berichterstatter des Kap. 8 eine ganz besondere Vorliebe und ein liebevolles Wohlwollen für die Königl. Manufaktur gezeigt habe. Als Abgeordneter der Stadt Weissen möchte er dem Herrn Berichterstatter für dieses Wohlwollen den aufrichtigsten Dank sagen. Besonderen Dank aber möchte er natürlich der Staatsregierung aussprechen, daß sie nun tatsächlich durch die neu errichtete Schauhalle einmal ein Stück in der Provinz geschaffen habe, das ein großer Anziehungspunkt für den Fremden sei. Er sei fest überzeugt, daß diese schöne Schauhalle dazu beitragen werde, den Fremdenverkehr in der alten Markgrafenschaft Weissen mehr zu erhöhen. Die Stadt sei ja in der Beziehung außerordentlich auf den Fremdenverkehr angewiesen. Er danke also auch hier der Staatsregierung für dieses Gebäude aufrichtig.

**Staatsminister v. Seydewitz**

(nach den stenographischen Niederschriften): Meine sehr geehrten Herren! Der vorliegende Etat für das Kap. 8 stellt einen neuen Beweis für das Bestehen dar, das wir auf einen baldigen glücklichen Ausgang des Krieges und auf

die Wiederkehr geordneter Verhältnisse alsbald nach Kriegsende haben. Die Periode 1914/15 hat allerdings die Einkünfte des Reichs nicht erreicht. Die Manufaktur hat nicht nur keinen Überschuss erbracht, wie er vorgesehen war, sondern sie hat im Gegenteil Zuschüsse erfordert, die sich nach Hunderttausenden betragen und die ich Ihnen heute noch nicht ganz genau angeben kann. Um so mehr wird es als ein Zeichen unserer wirtschaftlichen Stärke anerkannt werden müssen, daß die Verwaltung den Betrieb im Vertrauen auf die Zukunft fortgesetzt hat, und zwar einmal im Interesse des Ansehens unserer allberühmten Manufaktur, wesentlich aber auch im Interesse unserer Arbeiterschaft, damit diese ihren Verdienst behält. Natürlich, m. H., hat sich für einzelne Arbeiter der Verdienst in der Kriegszeit gemindert. Überstunden, wie sie früher auch im künftigen Betriebe vorhanden sind, sind in der Kriegszeit natürlich nicht geleistet worden. Sie sind nur in geringerem Umfang bei den technischen Betrieben vorgekommen. Ich komme noch darauf zurück.

Man hat selbstverständlich nicht in unwirtschaftlicher Weise, ohne Grenzen auf Vorrat arbeiten können. Infolgedessen ist es unvermeidlich gewesen, daß sich die Arbeit und auch der Verdienst um etwas gemindert hat. Die Arbeiter sind aber dafür dankbar, daß sie trotz der unangenehmen Zeiten in ihren Stellungen verbleiben konnten, und daß sie weiter verdient haben. Dabei möchte ich bemerken, daß die Beiträge der Arbeiterschaft, die sie für die Kriegsvollstauspflege übernommen hat und die der Hr. Abg. Linke vorher mit 1 1/2 Proz. befreit hat, noch weiter geleistet werden. Ich betone aber, daß diese Leistungen freiwillig sind, und sie sind um so mehr anzuerkennen, als die Arbeiter, wie gesagt, teilweise sich in ihrem Einkommen vermindert haben. Es ist das ein schönes Zeugnis des patriotischen Sinnes und der Mithätigkeit unserer Arbeiterschaft gegenüber denjenigen, die wirklich von Kriegsnöten betroffen werden.

Daß die Regierung angesichts dieser Lage der Manufaktur, im allgemeinen aber auch der des ganzen Etats jetzt nicht darauf zukommen kann, Gehaltserhöhungen für Beamte vorzuschlagen, das habe ich in der Einleitung bereits gesagt. Der Hr. Abg. Hofmann wird sich wohl auch beschreiben, daß es jetzt ausgeschlossen ist, Gehaltserhöhungen zu bewilligen. Was später eintritt, wird darüber werden jederzeit Entscheidungen zu fassen sein. Was den weiteren Wunsch des Herrn Abg. Hofmann bezüglich der Bilanz betrifft, so ist diese Frage bereits in Arbeit, und es wird diesem Wunsche jedenfalls entsprochen werden können.

Nun, m. H., hat der Hr. Abg. Linke über die Überstunden noch im besonderen gesprochen und sie in Zusammenhang mit den vermehrten Krankheitsfällen in der Manufaktur gebracht. Zunächst möchte ich Sie darauf hinweisen, daß nach der Ihnen vorliegenden Zusammenstellung auf S. 3 des Berichtes die Überstunden aus den von mir angegebenen Gründen bereits erheblich abgenommen haben. Die Überstunden betragen im Jahre 1913, also in der Friedenszeit, 42 716, im Jahre 1914 dagegen nur 15 450, und auf eine Person kamen durchschnittlich jährlich Überstunden im Jahre 1913 177, im Jahre 1914 dagegen nur 114. Also kann die beobachtete Zunahme der Krankheitsfälle auf eine Zunahme der Überstunden nicht zurückgeführt werden. Die Zunahme beruht vielmehr darauf, daß im Jahre 1914 eine größere Anzahl Erkrankungen aus Infektions- und Magenkatarrhen aufgetreten sind als 1913, aus Gründen, die hier nicht bekannt sind. Ferner sind sieben Personen mehr als im Vorjahre in Pension gegangen. Da nun solche Personen, die in Pension gehen, zuvor 26 Wochen lang Krankenunterstützungen zu erhalten pflegen, hat hierdurch eine erhebliche Vermehrung der Krankheitsfälle und Krankheitsstage stattgefunden. Die steigende Verletzung in den Ruhestand ist darauf zurückzuführen, daß in den Jahren 1872 bis 1876 eine größere Anzahl auswärtig ausgebildeter Arbeiter: Treher, Formner und Waler, schon in reiferem Lebensalter leidend, angenommen worden sind. Diese haben jetzt ihre vierzigjährige Dienstzeit erreicht und gehen im Alter von 67 bis 70 Jahren in Pension. Ein Rückschlag auf ungünstige Gesundheitsverhältnisse der Manufaktur wird also in diesen Pensionierungen nicht begründet.

Wie nun die Dinge jetzt liegen, kann allerdings nicht mehr damit gerechnet werden, daß die Einnahmen so, wie sie im Sommer vorigen Jahres geschätzt worden sind, in der jetzt vorliegenden Periode voll eingeht werden. Wir gehen einem neuen Defizit entgegen. Immerhin darf man die Hoffnung hegen, daß es bei baldiger Wiederkehr friedlicher Verhältnisse nicht allzu groß werden wird. Die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes wird es, so hoffen wir, ihm gestatten, mit der Zeit wieder auch zur Anschaffung weiterer, künstlerischer Waren zu verfeinern. (Abg. Wänter: Sehr richtig!)

Daß hierzu, m. H., auch die Schauhalle, die man doch als ein recht gelungenes Werk bezeichnen darf, mit beitragen wird, das ist auch die Hoffnung der Regierung. Sie glaubt den Aufwand für dieses Unternehmen nicht umsonst gemacht zu haben im Interesse der Manufaktur und sodann auch im Interesse der Stadt Weissen, die ja gewiß von diesem Neubau ihren Nutzen haben wird.

Vielleicht haben die Herren einmal die Güte, die Schauhalle selbst in Augenschein zu nehmen; Sie werden dann sicher auch Ihrerseits einen guten Eindruck von diesem Neubau gewinnen. Ich wiederhole die Hoffnung, daß das Defizit, das wir zweifellos zu erwarten haben, doch bei Wiederkehr baldiger friedlicher Verhältnisse ein erträgliches Maß einhalten wird. (Bravo!)

Die Kammer nimmt hierauf den Deputationsantrag einstimmig an.

Punkt 2 der Tagesordnung: Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 9, 11, 13 und 77a des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1916/17, Königl. Steinkohlenwerk Baude- robe, Staatliche Hüttenwerke bei Freiberg, Blaufarbenwerk Oberschlema und Allgemeine Ausgaben für den Bergbau betreffend. (Drucksache Nr. 111.)

**Berichterstatter Abg. Hofmann (kon.):**

verweist auf den schriftlichen Bericht und beantragt:

- bei Kap. 9, Steinkohlenwerk Baude-robe, nach der Vorlage a) die Einnahmen in Titel 1 und 2 mit 3 291 000 M. zu genehmigen, b) die Ausgaben in Titel 3 bis 19 mit 2 662 600 M., darunter 2500 M. künftig wegfällig, sowie in Titel 20 mit 40 250 M., darunter 31 750 M. künftig wegfällig, zu bewilligen, c) die zu Titel 15, 18 und 20 angeführten Vorbehalte zu genehmigen.

bei Kap. 11, Staatliche Hüttenwerke bei Freiberg, nach der Vorlage a) die Einnahmen in Titel 1 bis 4 mit 19 825 895 M. zu genehmigen, b) die Ausgaben in Titel 5 bis 18 mit 19 361 295 M., darunter 2380 M. künftig wegfällig, und in Titel 19 mit 30 000 M. zu bewilligen, c) die Vorbehalte bei Titel 14 und 19 zu genehmigen.

bei Kap. 13, Blaufarbenwerk Oberschlema, nach der Vorlage a) die Einnahmen in Titel 1 und 2 mit 1 526 300 M. zu genehmigen, b) die Ausgaben in Titel 3 bis 15 mit 1 481 700 M., darunter 2030 M. künftig wegfällig, und in Titel 16 mit 20 000 M., darunter 20 500 M. künftig wegfällig, zu bewilligen, c) die Vorbehalte bei Titel 10, 12 und 16 zu genehmigen, und bei Kap. 77a, Allgemeine Ausgaben für den Bergbau, nach der Vorlage a) die Einnahmen in Titel 1 bis 3 mit 53 200 M. zu genehmigen, b) die Ausgaben in Titel 4 bis 25 mit 230 021 M., darunter 5833 M. künftig wegfällig, zu be-



willigen, a) die Begehre bei Titel 20, 21, 22 und 24 unter o und d zu genehmigen.

Hg. Schmidt (fortf.):

Freiberg und die Freiburger Gegend, wo das Erlöschen des haattlichen Bergbaus tiefe Bekümmernis und hange Sorge ausgeht habe, sei infolge des Krieges von der gleich schweren Sorge bedrückt gewesen über das Schicksal der haattlichen Hüttenwerke. Alle diese Sorgen seien jedoch durch den heutigen Bericht von der Seite genommen worden; denn in demselben heiße es, daß die Betriebsleitung durch die günstigen Einnahmestellen nicht nur mit dem Fortbestand, sondern auch mit einer Steigerung der gütigen Geschäftslage der letzten Zeitperiode rechne. Er begrüße dieses frohliche Ereignis besonders im Interesse der Freiburger Gegend und nicht zuletzt im Interesse der Arbeiter in den haattlichen Hütten und dankt der Staatsregierung und dem Finanzministerium für die Umsicht und die Fürsorge, mit der sie den Betrieb weiter geführt habe. Dieses günstige, erfreuliche Bild lasse auch einige Wünsche und alte Hoffnungen in ihm wieder aufleben, so in bezug auf eine etwas bessere Entlohnung der Hüttenarbeiter, wenn die Verhältnisse weiter günstig blieben. Er erkenne dankbar an, daß das Finanzministerium aus eigenem Antrieb die Teuerungszulagen an die Hüttenarbeiter gewährte habe. Die erfreuliche Hebung des Silberpreises lasse vielleicht auch hoffen, daß es, wenn dieser Silberpreis von langer Dauer sein würde, dann vielleicht möglich sein könnte, auch die Freiburger Gruben wenigstens zum Teil wieder in Betrieb zu setzen, vielleicht noch dem Kriege mit Hilfe von Privatkapital unter Beteiligung des Staates mit der Hälfte des Reingewinnes. Er sei davon überzeugt, daß die Staatsregierung der schwer bedrängten Freiburger Gegend auch in der Zukunft das alte Wohlwollen bewahren und das alte Wohlwollen von neuem betätigen würde. (Bravo! recht.)

Hg. Günther (fortf. Sp.)

gab seiner Bezeichnung darüber Ausdruck, daß der Gesellschaft für die in Oberschlesien zu ersichende Uranerz zur Ausnützung der Radiumquellen die haattliche Erlaubnis erteilt worden sei, hofft, daß ihr nicht so schwere Bedingungen auferlegt würden wie seinerzeit der Brambacher Sprudelschicht, und bittet um Erlaubnis, in welcher Weise sich die Gesellschaft in Oberschlesien finanziert habe, ob seine Erinnerung richtig sei, daß die Gesellschaft als eine Aktiengesellschaft ins Leben getreten sei.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Wahl (nach den stenographischen Niederschriften):

Meine hochverehrten Herren! Ich bitte um die Erlaubnis, die jetzt eben von Hrn. Hg. Günther gestellte Frage mit einigen Worten ganz kurz beantworten zu dürfen. Die Regierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Hr. Abgeordnete mit ihrem Vorgehen wegen des Radiumbades in Oberschlesien im ganzen zufrieden ist. Ich kann ihm versichern, daß die Konzession in diesem Falle nicht solche strenge Bedingungen erhalten hat, wie die in Brambach. Die Verhältnisse liegen in Brambach auch ganz anders, namentlich wegen der Konkurrenz von Elber und Franzensbad. Außerdem hatten wir inzwischen bei Brambach unsere Erfahrungen gemacht, so daß wir die Konzessionsbedingungen diesmal von vornherein etwas anders, das heißt leichter formulieren konnten. Jedenfalls ist die Oberschlesische Gesellschaft, welche die Konzession erhalten hat, mit den Bedingungen sehr zufrieden; die Herren haben sich bei uns bedankt und in keiner Weise etwa über zu strenge Bedingungen beklagt. Was den anderen Punkt anlangt, in welcher Form die Gesellschaft gegründet ist, so kann ich nur sagen, es besteht für Oberschlesien zurzeit eine Gesellschaft m. b. H., nicht eine Aktiengesellschaft. Wir haben aber auch das Verbot der Gründung einer Aktiengesellschaft in die Oberschlesische Konzession nicht hineingetragen; das war nur für Brambach nötig wegen der dort drohenden Auslandskonkurrenz. Wir haben neuerdings aber auch in Aussicht gestellt, wenn in Brambach die Verhältnisse geordnet werden sollten, daß wir dann unter gewissen Bedingungen diese Bestimmungen über die Aktiengesellschaft fallen lassen würden. Darüber aber sprechen noch Verhandlungen wegen Brambach; in Oberschlesien aber liegt es ganz anders, und zwar wesentlich günstiger.

Hg. Krause (S.)

pricht zu Kap. 9, Titel 9 die Hoffnung aus, daß die Mehrereinerklärung von 100 000 M., die vielleicht noch erhöht werden müsse, auch den Forderungen der Bergarbeiter auf dem Steinkohlenmarkt Jaunderode in bezug auf Teuerungszulagen und Lohn-erhöhungen zugute kommen möge. Es werde den Herren von der Staatsregierung bekannt sein, daß vor wenigen Tagen eine erneute Eingabe an die Verwaltung des Steinkohlenwerkes Jaunderode geschickt worden sei mit der Bitte, eine Schlichtungserhöhung von 20 Pf. im allgemeinen und eine Kindererzeugungszulage von 2 M. pro Monat und Kind einzutreten zu lassen. Die Verwaltung vom Jaunderoder Steinkohlenwerk habe bis heute noch keine Antwort darauf gegeben. Er wünsche, daß dieses möglichst nachgeholt werde und daß die Staatsregierung hier endlich einmal mit gutem Beispiel vorangehe und auch diesen Wunsch der Bergarbeiter berücksichtigen möge. Redner besaß sich dann des längeren mit der Lohnstatistik. Im Bericht werde gesagt, daß die Staatsregierung auf dem Standpunkt stehe, daß die Löhne auf dem Steinkohlenmarkt Jaunderode als angemessene und als den Verhältnissen entsprechende hohe bezeichnet werden müßten. Er könne sich dieser Auffassung nicht anschließen, und begründet seinen Standpunkt an der Hand der Lohnstatistik. Er möchte auch hier an die Staatsregierung die dringende Bitte richten, daß man alles versuche, auf dem Steinkohlenwerke die Löhne zu heben zu lassen, wie es die Verhältnisse erfordern. Er habe auch in der Finanzdeputation A die großen Lohnunterschiede bemängelt, die daraus resultieren könnten, daß bei der Festhaltung des Unterschiedes zwischen Beamten und Arbeitern nicht auf die zeitlichen Betriebsverhältnisse die nötige Rücksicht genommen werde. Die Staatsregierung habe gesagt, er möchte da erst bestimmte Fälle namhaft machen, bevor sie diese von ihm vorgebrachten Beschwerden unteruchen könnte. Das habe sie doch viel einfacher, sie brauche ja nur die Verwaltung des Jaunderoder Steinkohlenwerkes zu fragen, die darüber ganz genau unterrichtet sei. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er würde auch nicht Anstand nehmen, es der Staatsregierung mitzuteilen, aber die früheren Erfahrungen in bezug auf Arbeiterentlohnungen und Lohnsteigerungen gerade nach der Richtung hin wüßten ihn, in dieser Hinsicht vorichtig zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn darauf hingewiesen werde, daß der Arbeiterausschuß gefragt worden sei und keine besseren Vorschläge hätte machen können, sondern mit der Geduldgehung gewissermaßen einverstanden gewesen sei, bedauere er den Arbeiterausschuß nur und glaube, daß er eben auch auf Grund der früheren Erfahrungen gehandelt habe, wo bei ähnlichen vorgebrachten Beschwerden Mitglieder des Arbeiterausschusses entlassen worden seien. Er habe auch mit einem hohen Teile der Belegschaft von Jaunderode Verbindung genommen, der keineswegs die Ansicht des Arbeiterausschusses teile. Damit sei also recht wenig bewiesen, wenn man sich in diesem Falle auf den Arbeiterausschuß berufe. Mit dem privatkapitalistischen Standpunkte dürfe sich die Staatsregierung als Arbeitgeber nicht auf eine Stufe stellen. Er möchte da den guten Rat geben, daß diesem Mangel dadurch abgeholfen werde, daß von Zeit zu Zeit ein Beirat der Arbeiter eintrete, damit dadurch ein Ausgleich geschaffen werde. Auch dürfe er bei der Geduldgehung die jetzige Verteuerung des Schiefermaterials in Berücksichtigung zu ziehen. Wären möchte er davor, daß man zunächst weniger erhebliche Schäden während des Krieges vom Betriebe abschaltete. Das Königl. Bergamt habe in dieser Beziehung die Behauptung aufgestellt, daß die Privatgrubenbesitzer auf Grund solcher Maßnahmen diese Hindernisse beseitigen müßten für die schlechte Zeit, die

nach dem Kriege herbeizuführen müsse, wenn man während des Krieges nur folgenreiche Stöße abgebaut habe. Bei Kap. 77a möchte er zunächst seiner Meinung darüber Ausdruck geben, daß im Jahre 1915 für Bergbau und Hüttenwesen auf S. 57 die von ihm und seinen Freunden schon so oft erbetene und geforderte Statistik über die Löhne, Neben- und Sonntagsschichten, wenn auch in beschränktem Maße Aufnahme gefunden habe. Dieser Anfang sei aber bei weitem noch nicht das, was sie seit Jahren von der Regierung verlangt hätten. Wenn man die Schichten der Löhne-, Sonntag- und Neben- und Sonntagsschichten und genau kontrollieren wolle, so sei das nur dann möglich, wenn man die Beteiligung der Arbeiter der Zahl nach nach den verschiedenen Überschichten feststellen könne. Solange die Zahl der Überschichten nicht in dieser Form Aufnahme finde, so lange würde die Lohnstatistik niemals als einwandfrei bezeichnet werden können. Auch verlangten sie vierteljährliche Statistiken, und zwar nicht nur über die Löhne der Arbeiter, sondern auch über die Unfälle und über das Verfahren der Schichten usw. Nun finde er auf S. 15 des Berichtes zwar den Satz, daß die Statistik der Löhne künftig auch wie in Preußen vierteljährlich aufgenommen werden solle, soweit dies während des Krieges möglich sei (Hr. Müller-Joidau: Veröffentlichung), aber was nahe die Aufnahme, wenn sie nicht bekannt gegeben werde. Denn das sei doch der Zweck ihrer jahrelangen Forderungen und Wünsche gewesen. (Hr. Müller-Joidau: Sehr richtig!) Was die Berichte der Berginspektoren anlange, so sehe er es für eine gewisse Beleidigung der Sicherheitsmänner an, wenn man in einer so geschmacklosen Weise über die Tätigkeit der Sicherheitsmänner urteile, wie das im Bericht der Berginspektion Dresden geschehen sei, wo es heiße: „Es mag dahingestellt sein, ob ihre Tätigkeit einen Nutzen für die Betriebe gebracht hat.“ (Hr. Müller-Joidau: Hört, hört!) In einem anderen Berichte heiße es ungefähr ähnlich, daß die Sicherheitsmänner von dem Rechte der Unfallversicherung nicht Gebrauch gemacht hätten. Er habe früher schon einmal mitgeteilt, daß die Sicherheitsmänner an den Unfall-erforderungen doch nicht eher teilnehmen könnten, als bis sie davon Kenntnis genommen hätten. Ein anderer Inspektor sage, daß die Einrichtung der Sicherheitsmänner auch im Jahre 1913 nicht zur Verminderung der Betriebsunfälle geführt habe. Und so gehe es weiter; in keinem dieser Berichte finde man eine Anerkennung, viel weniger ein Lob der Tätigkeit der Sicherheitsmänner. In dieser Art der Beurteilung liege eine gewisse Geringschätzung, da die Herren ganz genau und sehr gut wüßten, warum die Sicherheitsmänner keine andere positive Tätigkeit entfalten könnten, da ihre Tätigkeit beschränkt sei durch die mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen des schlesischen Berggesetzes. Sie bedauerten dies um so mehr und am meisten, weil auch im schlesischen Bergbau die Zahl der Unfälle im Steinkohlenbergbau in den letzten Jahren wieder eine Steigerung erfahren habe, und zwar von 133,1 im Jahre 1911 auf 168 im Jahre 1913 auf 1000 Mann der Belegschaft und auf 171,17 im Jahre 1914 der angestellten Unfälle. An diesen Zahlen dürfe die Staatsregierung und vor allen Dingen das Königl. Bergamt nicht so ohne weiteres still vorübergehen. Es wäre vielmehr notwendig, das Recht der Sicherheitsmänner zu erweitern, ihre Befugnisse auszubauen, als in dieser geringfügigen Form von ihrer Tätigkeit zu berichten, dann würde es mit ihrer Hilfe viel eher möglich sein, verschiedene able Krankheitserscheinungen im schlesischen Bergbau zu beseitigen und auch von vornherein zu verhindern. Redner fährt dann an der Hand der im Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen befindlichen Unfallstatistik eine Anzahl Zahlen an, aus denen hervorgehe, daß trotz Berginspektoren, Ein- fahrten- und Sicherheitsmännern die Unfälle noch im Steigen begriffen seien. Auch im Verhältnis zu anderen deutschen Bergbaubezirken sei die Zahl der Unfälle im schlesischen Bergbau weniger erfreulich, als man sie sich selber sehr oft hier vorgehallt habe. Er möchte auch bitten, daß man über die Veringsfügigkeit der Belegsungen etwas vorichtig spreche. Wer könne denn den Beweis erbringen, daß eine im Anfang geringfügig erscheinende Verlesung für den Betroffenen nicht später noch schwere Schäden nach sich ziehen könne? Er spreche da aus Erfahrung. Er möchte also die Staatsregierung dringend ersuchen, keine Kosten zu scheuen, um die Unfallgefahr im schlesischen Bergbau zu vermindern. Ferner bitte er, daß von Seiten der Staatsregierung an die Berginspektoren Anweisungen erlassen würden, darauf zu sehen, daß den Bergarbeitern in allen Gruben die Temperaturen vor den einzelnen Betrieben bekannt gegeben würden, und daß die Staatsregierung ihren Einfluß nach dieser Richtung hin ausübe, daß endlich einmal im schlesischen Bergbau die immer noch, auch während des Krieges ausgeübte vierundzwanzigstündige Sperrzeit beseitigt werde. Das sei doch alles andere, nur kein Vorfrieden, wenn heute ein Arbeiter, den ein Besitzer entlassen habe aus ganz geringfügigen Gründen, weil er sich gegen eine nach seiner Meinung zu Unrecht auferlegte Strafe beschwert habe, vier Wochen warten müsse, bevor er wieder auf einem anderen Werke Arbeit bekomme. Es müsse doch möglich sein, den Herren Grubenbesitzern zu sagen, daß das höchst unmoralisch sei, wenn nach dieser Richtung hin immer noch solche alte reaktionäre Beschlässe angewendet würden.

Bispräsident Oth (unterbrechend)

bittet, die Bezeichnung „unmoralisch“ auf Verfügungen von Behörden zu unterlassen.

Hg. Krause (fortf.):

Nun sei bekannt, daß den Bergarbeitern als einzigem Berufsstande und in dem Königreich Sachsen als einzigem Bergbaubezirk ihr Verarmungsrecht ganz bedeutend geschmälert worden sei. Er könne deshalb durchaus nicht verstehen, wie das Königl. Bergamt dazu komme, gewissermaßen den Bereich für bergbauliche Interessen, der hier als Bestimmung, als Anzeiger in Frage komme, noch zu unterlassen, anstatt das Gegenteil davon zu tun. Das Königl. Bergamt wüßte da doch mehr besetzt sein, eine etwas unparteiische Haltung in der Ausübung seiner Tätigkeit einzunehmen. Redner geht dann auf die Antwort ein, die das Königl. Bergamt ihm habe erteilt werden lassen auf Grund einer Lohneingabe. Das Königl. Bergamt sage da u. a., daß eine weitere Erhöhung der Löhne im schlesischen Bergbau nicht gut durchführbar sei. Und das trotz der mittlerweile ganz bedeutenden Erhöhung der Lebensmittelpreise! Man dürfe nicht vergessen, daß die Lohnstige vor allen Dingen im Bergbau bei den an den Bergarbeiter gestellten steigenden Anforderungen recht eng mit der Ernährungsfrage zusammenhänge. Beide Fragen, wenn sie nicht in seinem Sinne gelöst würden, seien imstande, einen wesentlichen Einfluß auf die Leistungen der Bergarbeiter auszuüben. Es liege hier also zweifellos ein tatsächliches Interesse vor, wenn die Arbeiter im Bergbau so entlohnt würden, daß sie auch in Zukunft nach wie vor leistungsfähig blieben. Die Gründe, die das Bergamt anführe, um die Werke sozusagen zu entschuldigen, daß sie nicht höhere Löhne zahlen könnten, hätte man wohl bezweifeln und versehen können, wenn sie von dem bergbaulichen Bereiche angeführt worden wären. Das sei aber vom Bergamt als Aufsichtsinstitut in der Weise angeführt worden, habe man das nicht als gerecht empfinden können. Er müsse da doch die Frage aufwerfen: wie komme das Königl. Bergamt dazu, sich so als Schutzengel der Herren Arbeitgeber im Bergbau hier hinzustellen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Eingabe sei doch in dem Sinne gemacht, auf die noch immer anscheinlichen Gewinne der Grubenbesitzer hinzuweisen. Und da sage das Bergamt, daß diese Auffassung nicht zuträffe, weil überoll Kindererwerbende im schlesischen Bergbau eingesetzt würden. Wie die Kindererwerbende aussehen, das zeige der Umstand, daß im schlesischen Bergbau die meisten Steinkohlengruben auch im Jahre 1914 einen Reingewinn in Prozenten des Aktienkapitals von 5,3 bis 11,2 zu verzeichnen hätten. Von Kindererwerbenden könne doch da wahrlich nicht gesprochen werden. Das Bergamt würde also seinen Fehler begreifen, wenn es nicht allzu sehr die schließende Hand auf die Grubenbesitzer aufweisen würde. Was ihn besonders

peinlich berührt habe, sei, daß das Königl. Bergamt in seiner Antwort auf die Liebesgaben aufmerksam gemacht habe, welche die Bergbesitzer während des Krieges geopfert hätten. Er erkenne vollständig an, wie die Arbeitgeber, auch die Inhaber der Bergbau eine ziemlich hohe Familienunterstützung an die Kriegsfamilien, die in ihrem Betriebe beschäftigt gewesen seien, gezahlt hätten. Was aber die Liebesgaben mit der Lohnforderung der hier beschäftigten Bergarbeiter zu tun hätten, werde wohl ein Rätsel des Königl. Bergamtes bleiben. Das Königl. Bergamt habe dann in seiner Antwort in bezug auf das Verfahren der Überschichten erklärt, daß Überschichten so gut wie nicht bekannt wären und daß, wo Überschichten gefahren würden, es ausnahmslos bei solchen Arbeiten gelte, die bei regelmäßiger Schicht nicht gut erledigt werden könnten. Das sei ein Irrtum des Königl. Bergamtes. Er könne konstatieren, daß fast auf allen Werken kurz nach Ausbruch des Krieges und Anfang 1915 generell eine verlängerte Arbeitszeit eingeführt worden sei, die nicht nur angewendet werde, um Vorrichtungsbetrieben zu machen, sondern daß die genannten Überschichten an Wochenagen nur zur Kohlenförderung verwendet würden. Das das Bergamt das nicht wisse, sei ihm etwas rätselhaft. Auch der Auffassung des Bergamtes, daß diese Überschichten keine gesundheitliche Schädigung der Arbeiter herbeiführt hätten, könne er unter seinen Umständen zustimmen. Man vergleiche dabei nicht, daß die Temperaturhöhe in einer ganzen Anzahl von Betrieben nicht eingehalten werde usw. Er habe schon früher gesagt, daß sich die Bergarbeiter nach Ausbruch des Krieges gegen eine bestimmte Zahl von Überschichten im Interesse der Schaffung des notwendigen Kohlenbedarfs während des Krieges nicht wehren hätten, daß sie sich aber wehren, wenn das Befahren von Überschichten eine Form annehme, die geeignet sei, für die Arbeiter schweren Schaden an der Gesundheit herbeizuführen. Er möchte bei dieser Gelegenheit die Bitte an die Staatsregierung richten, die Berginspektionsbeamten in den einzelnen Betrieben einkindlich anzuweisen, dafür zu sorgen, daß die Temperaturhöhen streng eingehalten werden und daß die Arbeitszeit nicht länger dauern dürfe, als es auf Grund der bergpolizeilichen Vorschriften zulässig sei. Redner kommt zum Schluß noch auf das sogenannte Hundeküpen zu sprechen. Das Bergamt sage einfach, daß ihm im Königreiche Sachsen davon nichts bekannt sei. Demgegenüber müsse er feststellen, daß es in allen Bergarbeiterkreisen sehr bekannt sei und als eine große Härte der Bergarbeiter empfunden werde. In § 98 Absatz 3 des allgemeinen Berggesetzes werde darüber bestimmt:

„Genügend und vorchriftsmäßig beladene Fördergefäße bei der Lohnberechnung in Abzug zu bringen, ist verboten. Ungenügend oder vorchriftsmäßig beladene Fördergefäße müssen insoweit angerechnet werden, als ihr Inhalt vorchriftsmäßig ist.“

Nun habe aber das Königl. Bergamt eine Stellung hierbei eingenommen, die nach seiner Auffassung in Widerspruch mit den berggesetzlichen Bestimmungen stehe; er bitte die Staatsregierung nach dieser Richtung das Königl. Bergamt anzuweisen, in dieser Frage eine andere Meinung zu bekommen. Er hoffe dringend, daß alle die von ihm vorgebrachten Mängel und Beschwerden einer ernsthaften Prüfung seitens der Staatsregierung unterzogen und daß ihnen im Interesse der Bergarbeiter und auch des Bergbaues recht bald nachgegangen werde, daß insbesondere auch das Königl. Bergamt recht bedeutend seine Auffassung abändere. (Beifall links.)

Hg. Dreßler (S.):

Bei der allgemeinen Vorberatung über das Kap. 9 in der Deputation, bei der auch Vertreter des Königl. Bergamtes zugegen gewesen seien, seien auch diesmal von Seiten seiner Partei wiederum eine Reihe von Wünschen und Beschwerden aus den Reihen der Bergarbeiter vorgebracht worden. Die Antwort, die seine Partei erhalten habe, habe sie in keiner Weise befriedigt. Nach dem vorliegenden Berichte sei es der Staatsregierung nicht möglich, den Klagen näher zu treten, und sie verlange, daß sie die einzelnen Fälle namhaft gemacht würden. Im Berichte sei ferner auf die Lohn- und Teuerungszulage hingewiesen worden, die seit dem 1. März und seit dem 1. Oktober 1915 gewährt würden. Aber diese Lohnzulagen finde man auch bei den Privatbetrieben. Man werde zugeben, daß diese Lohnzulagen doppelt aufgezogen würden infolge der gesteigerten Lebensmittelpreise. Verwunderlich erscheine es ihm, daß man sich erst mit den Unternehmern im Privatbergbau über erneute Teuerungszulagen verhandelt habe. Nach seiner persönlichen Überzeugung müsse doch die Regierung aus eigenem Antriebe heraus die Löhne zu verbessern suchen und mit gutem Beispiele vorangehen. Ein Staatsbetrieb müsse in erster Linie als ein Arbeiterbetrieb gelten und zugleich auch vorbildlich wirken können. Es sei deshalb kein Wunder, wenn dann die Privatgrubenbesitzer auf die Löhne hinwiesen, die im Staatsbetriebe gezahlt würden. Er hätte gewünscht, daß die Staatsregierung hier einen anderen Weg eingeschlagen hätte. Ferner möchte er auch einmal auf die Arbeiter und Beamten beim Königl. Werk Jaunderode eingehen. Der Redner geht hierbei an der Hand des Jahrbuches über Berg- und Hüttenwesen auf das Jahr 1914 auf das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitern bei den einzelnen Werken ein und wünscht, daß nach dem Kriege eine Änderung in dieser Frage eintreten möchte. In dem Berichte werde weiter vertrieben auf die Arbeiterausschüsse hingewiesen. Klagen seien von diesen nicht vorgebracht worden. Aber genau daselbe finde man auch bei den Privatgruben. Auch dort würden den Bergverwaltungen von den Arbeiterausschüssen verschiedentlich Mißstände nicht unterbreitet. Verschiedentlich habe sich die Belegschaft an die Arbeiterausschüsse gewandt, um auf die Beseitigung der Mißstände hinzuwirken. In mehreren ihm bekannten Fällen sei das nicht geschehen. Auch über die Behandlung der Bergarbeiter werde jetzt Klage geführt. Alle möglichen Ausdrücke müßten sich die Arbeiter seitens der Beamtenschaft gefallen lassen. In letzter Zeit habe die „Arbeits-Bekämpfung“ der Arbeiter durch die Belegschaft der deutschen Bergarbeiter anerkannt. Eine ganze Reihe der wichtigsten Beschwerden und Wünsche habe kein Kollege Krause schon erörtert, er könne sich nur vollkommen dem anschließen und möchte nur wünschen, daß hier das Königl. Bergamt einmal Bewandlung nehmen würde, diese Wünsche mit verwirklichen zu helfen. Auf eins möchte er aber noch hinweisen. Dies betreffe die Beschaffung von genügendem Bauholz für den Grubenbetrieb auch in der jetzigen Kriegszeit. Es sei außerordentlich schwer für die Bergarbeiter in bergpolizeilicher Hinsicht, die Oerter in der Grube genügend zu sichern infolge Mangel an Holz. Hier möchte also die Regierung besetzt sein, nach besten Kräften mitzuwirken, diese Aufgaben zu beseitigen und Unfälle mit herabzumindern zu helfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister v. Gehbewitz (nach den stenographischen Niederschriften):

Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte mich zunächst mit wenigen Worten mit der hoffnungsvollen Anregung des Hrn. Hg. Schmidt befassen, der gelaubt hat, angeht das hohen Silberpreises auf einen Wiederaufbau der Erbergwerke bei Freiberg rechnen zu dürfen.

H. S. 1 Es ist richtig, die Silberpreise sind genuinartig geringen. Aber einmal ist diese Steigerung doch voraussichtlich nur eine vorübergehende, durch die Kriegsverhältnisse bedingt. Sie wird verschwinden, sobald der Frieden zurückkehrt. Andererseits ist die Erhöhung auch nicht derart, um selbst wenn sie andauern sollte, einen Abbau unserer Erze in der Höhe von Freiberg als rentabel erscheinen zu lassen. Es dürfte sich auch kaum Privatkapital finden, welches bereit wäre, ein derartiges Unternehmen ins Leben zu rufen.

Also, m. S., wie die Dinge jetzt liegen, muß ich doch in den Becher der Hoffnung des Hrn. Hg. Schmidt eine kleine Portion Wasser hineingießen.

Dann haben sich die beiden Herren Vorredner eingehend mit der Lage unserer Bergarbeiter beschäftigt.

Im allgemeinen möchte ich hierzu bemerken, daß die Bergbehörden ihr höchstes Ziel darin sehen, daß sie mit allen Mitteln dahin wirken, den Gesundheitszustand unserer Bergarbeiter zu heben und die Unfallziffern zu vermindern.

Daß die Statistik, obwohl sie viel Arbeit und Kosten verursacht, heute im allgemeinen nicht zu entbehren ist, dürfte wohl unbestritten sein.

Wichtigste Pflicht der Regierung dem Wunsche der Deputation, der bereits in Preußen erfüllt ist, wohlwollend gegenüber.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Wahl

(nach den stenographischen Niederschriften): Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie mir, auf die Einzelheiten der Rede des Herrn Abgeordneten hier nur noch mit einigen Details zurückzukommen.

Zunächst handelt es sich um Kap. 9, Steinkohlenwerk Janderode. Da hat der Herr Abgeordnete den Wunsch ausgesprochen, daß die 100 000 M. mehr, die im Etat bei Kap. 9 Titel 9 eingestellt sind, zu Teuerungszulagen verwendet werden möchten.

Darauf ist zu erwidern: Wie der Finanzdeputation A schon schriftlich mitgeteilt worden ist, haben die Arbeiter des Königl. Steinkohlenwerks durchschnittlich in der Schicht verdient im Jahre 1913: 4,81 M. und im Jahre 1914: 4,83 M.

Weiter haben der Herr Abgeordnete und Herr Dr. Drescher sich darüber beschwert, daß vor nicht ungeringer Zahl Fälle vorkämen, die sie und nennen, z. B. bei dem Königl. Bergwerk Janderode, wo Beschwerden vorliegen in der Richtung, daß in den

Fällen viel zu geringe Verdienste zu verzeichnen wären, weil die betreffenden Leute häufig vor denselben schwierigen Orten arbeiten.

Der Fall, daß beim Königl. Steinkohlenwerk Janderode eine Anzahl Häuer einen Lohn von weniger als 4 M. in der Schicht verdient haben, ist im Januar 1915 beim Opperlschacht eingetreten.

Vor einem Bergwerkbetrieb waren vier Häuer angelegt. Bereits nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß sie nur geringe Leistungen erzielten.

Jener Bergwerkbetrieb, von dem diese Häuer entfernt wurden, blieb für den Rest des Monats Januar unbelegt.

Es hat also unter gleichen Verhältnissen die eine Belegschaft einen Schichtverdienst von 4 M. 50,7 Pf. und die andere Belegschaft einen solchen von 5 M. 38,3 Pf. verdient.

Wenn nun auch die Verwaltung des Königl. Steinkohlenwerks Janderode ebenso wie auch die Verwaltungen der übrigen Steinkohlenwerke des Landes bei der Feststellung der Gehälter den besonderen geologischen und sonstigen örtlichen Verhältnissen des Betriebsorts Rechnung tragen und dadurch anstreben, daß die ein- und derselben Klasse angehörigen Arbeiter auch unter verschiedenen Arbeitsbedingungen einen möglichst gleich hohen Lohnverdienst erzielen, so läßt sich dies trotzdem nicht in vollem Maße erreichen.

Dieser wird auch durch die angeregten monatlichen Wechsel der Ortsbelegung nicht geändert.

Gegen einen grundsätzlich allmonatlich vorzunehmenden Wechsel der Ortsbelegung spricht aber auch noch folgendes. Die örtlichen Gefahrenquellen, wie das Auftreten von Klüften, Gängen, Verwerfungen und Druck des Hangenden und Liegenden und die örtlich gebotenen jeweils sofort zu ergreifenden Maßnahmen zu ihrer Beseitigung, kennen die Bergarbeiter um so besser kennen, je länger sie in ein und derselben Bauabteilung und möglichst vor ein und demselben Ort beschäftigt werden.

Die Sicherheitsmänner insbesondere betreffend, hat der Herr Abgeordnete sich weiter darüber beklagt, daß die Werke und die Berginspektoren der Einrichtung der Sicherheitsmänner nicht die nötige Bedeutung beimessen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete von Unfällen gesprochen. Daß die Unfallziffer des sächsischen Bergbaues besonderen Anlaß zu Bedenken bietet, kann nicht zugegeben werden.

Dies gilt zunächst von den tödlichen Unfällen. Auf 1000 Mann kommt hier die Ziffer 1,67. Der Durchschnitt des vorausgegangenen Jahres ist 1,40.

Für 1915 liegen nun Angaben über die Zahl der erörterten Unfälle vor. Soweit man sich auf Grund dieser Zahlen ein Bild machen kann, haben die Unfälle überhaupt im Jahre 1915 gegen 1914 eine nicht unbedeutende Abminderung erfahren.

Den Appell, den der Herr Abgeordnete in dieser Beziehung vorhin erst wieder an uns gerichtet hat, findet bei uns einen lebhaften Widerhall.

Den Appell, den der Herr Abgeordnete in dieser Beziehung vorhin erst wieder an uns gerichtet hat, findet bei uns einen lebhaften Widerhall. Selbstverständlich betrachten wir die Beseitigung der Unfallgefahr als unsere vornehmste Aufgabe.

Den Appell, den der Herr Abgeordnete in dieser Beziehung vorhin erst wieder an uns gerichtet hat, findet bei uns einen lebhaften Widerhall.

Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß das Aufhängen von Thermometern vor Ort ungenügend wäre, weil sie zu leicht herabfallen oder durch Stein- und Kohlenfall oder auf andere Weise in den dunklen und räumlich beengten Grubenbauen beschädigt werden würden.

schon jetzt entprochen. Auf einem Teile der Werke geschieht diese Bekanntmachung auch in der vom Herrn Abgeordneten erwähnten Weise, nämlich durch Aufhängen auf einer Tafel vor Ort, auf anderen Werken durch Ausschlag in den Mannschafthäuben.

Die Bergpolizeivorchriften enthalten über die Wärmebeobachtung durch die Betriebsbeamten folgende Vorschriften:

1. § 127. Auf Bergwerken, in welchen hohe Temperaturen herrschen, müssen zuverlässige Thermometer vorhanden sein und regelmäßig beobachtet werden.

Ich komme zunächst zu den Oberschichten. Das seit Kriegsausbruch, insbesondere seit Anfang des Jahres 1915 im sächsischen Steinkohlenbergbau Oberschichten in erhöhtem Maße verfahren werden, ist richtig.

Es kommen zunächst Oberschichten in Frage, die, wie dies schon jeher der Fall war, zur ungehinderten Unterhaltung des Betriebes nötig sind, d. h. Oberschichten, in denen Reparatur- und sonstige Arbeiten verrichtet werden, die sich während der arbeitserfordernismäßigen Schicht nicht gut ausführen lassen.

Die andere Art Oberschichten sind solche, die zur Erhöhung der Förderung dienen. Die im vorigen Jahre vom Bergamt vertretene Annahme, die Steigerung der Oberschichten entfallt im wesentlichen auf Oberschichten der ersteren Art, wird von dem Bergamte selbst für die jetzigen Verhältnisse nicht mehr aufrecht erhalten.

Im Jahre 1913 wurden im Steinkohlenbergbau unter Tage 7,6 Proz. aller Schichten als Oberschichten verfahren, im Jahre 1914 trotz der Kriegsmomente etwas weniger, nämlich 6,6 Proz.

Die Bergbehörde wacht auch in jetziger Zeit darüber, daß Gesundheit und Leben der Arbeiter nicht durch ein Übermaß im Verfahren von Oberschichten gefährdet wird, und es ist ihre schwerwiegende Aufgabe, in der Zulassung der durch die Kriegslage gebotenen Mehrarbeit die richtige Mitte zu halten.

Der Herr Abgeordnete hat auch den Gebrauch des sog. Hundekippens, d. h. des Nachfüllens ungenügend gefüllter Förderwagen mit dem Inhalte anderer solcher Wagen zum Gegenstand seiner Erörterungen gemacht; ich darf hierzu folgendes bemerken.

In einem Refusbescheide des preussischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. November 1915 ist, worauf vom Herrn Abgeordneten bereits hingewiesen wurde, ausgeprochen worden, daß es mit den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften des preussischen Berggesetzes nicht im Einklang stehe, wenn bei ungenügender Füllung von Förderwagen der leer gebliebene Teil des Rauminhalts den Arbeitern einfach in der Weise gefüllt werde, daß ihnen die Zahl der Förderwagen, deren Inhalt zum Nachfüllen nötig war, von der Zahl der von der Ortsbelegschaft gelieferten Wagen abgezogen wird.

Das sächsische allgemeine Berggesetz stimmt hier wörtlich in § 98 Absatz 3 mit den Vorschriften des preussischen Berggesetzes überein. Fälle dieser Art sind in Sachsen noch nicht zur Entscheidung gelangt, und ich vermag selbstverständlich der Entscheidung der im Streitfall zuständigen Stellen nicht vorzugreifen.

Es soll den Betriebsleitern nicht verwehrt sein, den Arbeitern den Teil des Rauminhalts der Förderwagen, den sie ungenügend gefüllt haben, am Lohne abzugleichen; wohl aber geht aus meiner Ansicht nach der Zweck der einschlägigen berggesetzlichen Vorschriften dahin, daß bei Ausstellungen gegen die Unzulässigkeit des Hundekippens der Lohnbetrag für die genügend und vorchriftsmäßig gefüllten Wagen nicht irgendwie durch das Hundekippen der ungenügend gefüllten beeinträchtigt werden dürfte.

Das sächsische allgemeine Berggesetz stimmt hier wörtlich in § 98 Absatz 3 mit den Vorschriften des preussischen Berggesetzes überein. Fälle dieser Art sind in Sachsen noch nicht zur Entscheidung gelangt, und ich vermag selbstverständlich der Entscheidung der im Streitfall zuständigen Stellen nicht vorzugreifen.

Zahl der ungenügend gefüllten Förderwagen zum Austrag kommen... nach der Zahl der zu ihrer Nachfüllung insgesamt nötig gewordenen Wagen.

Ich stimme aber mit Hrn. Abg. Krause darin überein, daß die wegen mangelhafter Füllung der Förderwagen erfolgten Abzüge nicht gegenüber der gesamten an der Förderung beteiligten Belegschaft, sondern nur zu Lasten der beteiligten Ortsbelegschaft erfolgen darf...

Es mag auch richtig sein, daß auf einzelnen Werken die tatsächliche Handhabung der Einrichtung diesen Anforderungen nicht allenthalben entspricht...

Abg. Fleißner (Sg.):

Der Hr. Regierungsdirektor sei auf eine seines Erachtens sehr wichtige Frage nicht eingegangen. Sein Parteifreund Krause habe darauf hingewiesen, daß in der sächsischen Bergindustrie den Arbeitern gegenüber der Brauch herrsche, daß entlassene Arbeiter auf eine gewisse Zeit in anderen Werken nicht wieder eingestellt würden...

Der Hr. Regierungsdirektor sei auf eine seines Erachtens sehr wichtige Frage nicht eingegangen. Sein Parteifreund Krause habe darauf hingewiesen, daß in der sächsischen Bergindustrie den Arbeitern gegenüber der Brauch herrsche, daß entlassene Arbeiter auf eine gewisse Zeit in anderen Werken nicht wieder eingestellt würden...

Abg. Krause (Sg.):

Er wolle noch einige ganz kurze Darlegungen geben. Das von ihm zur Frage der Unfälle Gelegte erhalte er aufrecht. Er wolle gar nicht bestritten, daß gegen früher, seitdem eine Reihe von Jahren zurück, eine Verringerung der Unfälle eingetreten sei...

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Wahle

(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine sehr geehrten Herren! Ich bitte um die Erlaubnis, auf die Bemerkungen des Hrn. Abg. Fleißner mit zwei Worten erwidern zu dürfen. Er hat zunächst gesagt, er hätte von der Regierung nichts gehört über die von Hrn. Abg. Krause bereits zur Sprache gebrachte Frage der Sperre und der schwarzen Listen...

Dann hat sich Hr. Abg. Fleißner noch im allgemeinen über schlechte Behandlung, Maßregelung und Terrorismus beklagt. Ich muß bitten, wenn von uns aus eingeschritten werden soll, um die einzelnen Fälle zu benennen...

Hierauf erhält das Schlusswort

Berichterstatter Abg. Beda (nl.):

Der Hr. Minister habe vorhin gesagt, daß dem Deputationsbericht bezüglich der Lohnstatistik Verhandlungen eine besondere Wichtigkeit beigelegt worden wäre. Er müsse darauf entgegen, daß daran einzig und allein die Regierung selbst schuld sei...

Der Hr. Kommissar sagt zu, den Wünschen, die Arbeit bzw. Lohnstatistiken ähnlich wie in Preußen herzustellen und sie vierteljährlich bekanntzugeben, baldigst, spätestens aber nach dem jetzigen Kriege zu entsprechen.

Staatsminister v. Zehbewitz

(nach den stenographischen Niederschriften):

Ich bin in diesem Punkt wohl mißverstanden worden. Ich habe gesagt, die Regierung stünde der Antrag wegen der vierteljährigen Lohnstatistik wohlwollend gegenüber, und habe damit geschlossen, daß sie nach dem Kriege der Frage der Aufnahme der Statistik und ihrer Veröffentlichung näherzutreten wird...

Hierauf nimmt die Kammer die sämtlichen Anträge der Deputation einstimmig an.

3. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kap. 10, 11 und 12 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1912/13, Braunkohlenwerk zu Leipzig, Staatliche Erzbergwerke bei Freiberg und Staatliche Erzbergwerke bei Freiberg betreffend.

Berichterstatter Abg. Beda (nl.):

Es komme zunächst zu Kap. 10, das Braunkohlenwerk zu Leipzig betreffend. Die Überschriften bei den in Frage kommenden Titeln seien in den Erläuterungsspalten eingehend und sachlich begründet und Bedenken irgendwelcher Art würden nicht erhoben. Bei Kap. 11, Staatliche Hüttenwerke bei Freiberg, seien ebenfalls Überschreitungen vorgekommen, die auch eingehend nachgewiesen und begründet worden seien...

Die Kammer wolle beschließen:

- bei Kap. 10, Braunkohlenwerk zu Leipzig, die Überschreitungen insgesamt mit 4534 M. 63 Pf., bei Kap. 11, Staatliche Hüttenwerke bei Freiberg, die Überschreitungen insgesamt mit 328 264 M. 77 Pf. und bei Kap. 12, Staatliche Erzbergwerke bei Freiberg, die Überschreitung in Tit. 11 mit 7813 M. 74 Pf. nachträglich zu bewilligen.

Abg. Hofmann (Sg.):

Seit Jahren habe die Finanzdeputation A für die Kap. 9, 11 und 13 von Seiten der Staatsregierung kaufmännische Bilanzen erbeten, ähnlich wie sie für die Königl. Manufaktur, Kap. 8, gegeben worden seien. Die Kammer werde in diesem diesjährigen Berichte diese Bitte um die Bilanzen vermissen haben. Das konnte daher, weil ihm der Hr. Kommissar der Regierung versichert hätte, daß die Berichte eingegangen seien...

Berichterstatter Abg. Beda (nl.):

Es sei allerdings richtig, daß der Rechenschaftsdeputation diese Bilanzen und Abschlüsse vorgelegt hätten. Sie seien von der Treuhändervereinigung geprüft und von dieser Seite der Rechenschaftsdeputation zur Annahme empfohlen worden. Die Gründe, die aufgeführt gewesen seien, seien auch für die Rechenschaftsdeputation so verständlich und plausibel gewesen, daß diese keine Bedenken getragen habe, sich diesen Anschauungen anzupassen...

Nach Schluß der Debatte nimmt die Kammer den Deputationsantrag an.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 21 Min. nachmittags.)

